Morgen-Ausgabe
Nr. 5 A 3 50. Jahrg.

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: A 7 Amt Dönhoff 292 bis 297
Telegrammadresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

BERLINER VOLKSBLATT

MITTWOCH
4. Januar 1933

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Margarineskandal dauert an

Konsumvereine und Gewerkschaften protestieren

Die Vertreter des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und der Großhandelsgesellschaft haben Gelegenheit genommen, beim Reichslandwirtschaftsminister ihre Bedenken gegen die Margarinepläne vorzubringen. Sie betonten, daß durch den Butterbeimischungszwang der Landwirtschaft nicht geholfen werden könne. Außerdem wiesen sie darauf hin, daß der Beimischungszwang unbedingt zu einer Verteuerung der Margarine führen müsse. Im übrigen warnten die Vertreter der Konsumgenossenschaften vor den volkswirtschaftlich schädlichen Folgen einer Kontingentierung in der Margarineindustrie.

Am Dienstag hatten die

Vertreter der freien Gewerkschaften

eine Unterredung mit dem Reichslandwirtschaftsminister über die Margarineprojekte der Reichsregierung. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund war durch den Reichstagsabgeordneten Graßmann, der AfA-Bund durch Siehr und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund durch Kohnr vertreten. Ueber den Verlauf der Besprechung wird uns folgendes mitgeteilt:

„Bereits am 23. Dezember 1932 hatten die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen telegraphisch an den Reichskanzler einen Protest gegen jede Kontingentierung von Einfuhr von Margarinerohstoffen, gegen jeden Beimischungszwang von Butter zur Margarine, gegen alle die Margarine verteuernden oder verknappenden Maßnahmen gerichtet. Am 3. Januar 1933 mittags wurden Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des AfA-Bundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes bei dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vorstellig. Sie erneuerten den bereits telegraphisch mitgeteilten Einspruch gegen die Absicht der Regierung und betonten besonders, daß nach ihrem Ermessen die Notverordnung vom 23. Dezember 1932 mit dem Artikel 48 der Reichsverfassung nicht begründet werden könne. Es sei

Sache des Parlaments,

die von der Regierung gemachten Vorschläge zu prüfen und entsprechend gesetzgeberisch zu verabschieden. Der Reichswirtschaftsrat habe sich als gutachtliches Organ bei den Beratungen über Beimischungszwang wiederholt konsequent ablehnend ausgesprochen.

Die Frage sei aus dem Grunde so bedeutungsvoll, weil die Margarine, besonders die billigeren Sorten, heute das ausschließliche Fett der Aermsten, besonders der Arbeitslosen geworden sei. Ja, angesichts der gesunkenen Einkommen besonders der Kurzarbeiter und der niedrig entlohnten Angestellten und Beamten sei die Margarine heute als Ersatz für die Butter getreten. Die Gewerkschaftsvertreter forderten die Aufhebung der Notverordnung mit dem Ziel, einen Zwang zur Beimischung von Butter zur Margarine zu beseitigen, und belegten diese ihre Forderung mit einer Reihe von Gründen.

Der Minister konnte sich der Schilderung der Notlage weitester Kreise der städtischen Bevölkerung nicht verschließen, eine Verteuerung der billigen Margarinesorten würde zu einer weiteren Einschränkung des Konsums von Fetten führen.

Auf der anderen Seite sei die Lage der Landwirtschaft, besonders der Veredlungsprodukte erzeugenden Betriebe, unhaltbar geworden. Der Rückgang des Verbrauchs an Frischmilch habe eine gesteigerte Erzeugung von Butter zur Folge, die wiederum unverkäuflich bleibe. Die Regierung müsse Maßnahmen treffen, die der Landwirtschaft gesteigerten Absatz von Veredelungsprodukten ermögliche, ohne daß deshalb der Fettverbrauch namentlich der Minderbemittelten und Erwerbslosen beeinträchtigt werden könne."

Margarine-Wahlen

Bayerische Voraussagen

Die „Bayerische Staatszeitung" macht auf die politischen Folgen der Margarine-Notverordnung aufmerksam. Das Blatt betont, daß sich gegen diese Notverordnung eine Einheitsfront aus Produzenten und Konsumenten gebildet habe. Die überwiegende Mehrheit der Landwirtschaft sei durch die Notverordnung enttäuscht, während auf der Konsumentenseite nicht nur die Linksparteien, sondern auch die christlichen Gewerkschaften, also das Zentrum, gegen die Notverordnung protestieren. Die Notverordnung werde unzweifelhaft im Reichstag mit großer Mehrheit aufgehoben werden, da auch die Nationalsozialisten keine Lust verspüren, die Notverordnung zu verteidigen. Infolgedessen sei für die Reichsregierung der Konflikt mit der Volksvertretung unvermeidlich und aller Voraussicht nach würden im März „Margarine-Wahlen" stattfinden.

Gebot der Zeit

Neugestaltung der Wirtschaft

Von Rudolf Wissell

Die Einsicht weiter bürgerlicher Kreise in die Ursachen unserer wirtschaftlichen und sozialen Nöte ist unglaublich gering. So konnte man beispielsweise kürzlich in einer großen bürgerlichen Zeitung — der Name tut nichts zur Sache, da ihre Ansicht nur als typisches Beispiel angeführt werden soll — über die Pläne der Regierung Schleicher Ausführungen wie diese lesen: Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der öffentlichen Hand müsse in seinen natürlichen Grenzen bleiben, dürfe nicht Selbstzweck, sondern nur Notbrücke sein, um „normale Wirtschaftsverhältnisse" wieder herzustellen, die allerdings ohne Abbau der übersteigerten Belastungen der Wirtschaft undenkbar seien.

Was sind denn „normale Wirtschaftsverhältnisse?" Da wir seit dem Kriege „normale Wirtschaftsverhältnisse" nicht gehabt haben, können darunter doch nur die der Vorkriegszeit gemeint sein. Sind die denn überhaupt noch möglich? Immer noch haben weite Kreise nicht begriffen, daß wir uns in einer Strukturwandlung befinden, die die Rückkehr zu den alten Wirtschaftsverhältnissen ganz unmöglich macht.

Seit 1914 ist die Zahl der von den Menschen benutzten Maschinenkräfte um über das Doppelte gestiegen, ohne daß sich die Absatzmöglichkeiten auch nur annähernd im gleichen Maße gehoben hätten.

Der außerordentliche Aufschwung der Industrie, nicht nur in Deeutschland, sondern in der ganzen Welt, beruhte auf der Tatsache, daß immer neue Märkte auf der Erde erschlossen wurden und für große Bevölkerungszahlen mit ihrem riesigen Bedarf eine stetige Vermehrung und Vergrößerung der industriellen Erzeugungsstätten ermöglichten. Damit ist es vorbei. Die Erschließung neuer Gebiete hat auf absehbare Zeit ihren Abschluß erreicht. Wo noch Absatzmöglichkeiten liegen wie in den weiten Gebieten Asiens, hindern die politischen Wirren und die durch sie hervorgerufene Verarmung der Bevölkerung auf lange Zeit die Ausnutzung dieser Märkte. Die namentlich von französischer Seite als Mittel zur Wirtschaftsbelebung gewünschte Erschließung von Ost- und Südosteuropa kann keine Hilfe bringen, denn die Kräftigung und der Ausbau der dortigen Landwirtschaft, die freilich einmal kommen müssen, würden heute nur weitere Lebensmittel auf den Markt bringen und zu einem schweren Wettbewerb mit der alten Landwirtschaft Europas führen.

Die Tatsache, daß mit einem ständig stark zunehmenden Verbrauchszuwachs für die Zukunft nicht mehr gerechnet werden kann, muß für die innere Organisation der eigenen Wirtschaft in Rechnung gestellt werden. Die Hoffnung auf Wiederkehr des Vergangenen ist nur ein Hindernis auf dem Wege zur Zukunft.

Die Industrie der Produktionsgüter hat sich in den letzten Jahren erheblich erweitert und zur vollsten technischen Höhe entwickelt. Die volle Ausnützung ihrer Produktionsstätten ist ihr dadurch unmöglich geworden. Dafür schleppt sie jetzt das Bleigewicht eines toten Kapitals mit sich, das sie in schwerster Weise lähmen muß. Dies um so mehr, als die Vermehrung und Vergrößerung nicht nur in den alten Produktionsgebieten erfolgt ist, sondern die mittelbaren und unmittelbaren Wirkungen des Krieges und der Kriegsfolgen auch in den Ländern eine Industrie haben entstehen lassen, die früher auf den Bezug der Waren aus den alten Produktionsgebieten angewiesen waren. Zu

Vor den Entscheidungen

Reventlow gegen Goebbels und Hitler

Je näher die Sitzungen des Reichstages rücken, um so unsicherer wird die Haltung der Nationalsozialisten, die sich nach außen furchtbar kampflustig gebärden, unter der Hand diesen Kampf aber immer wieder aufzuschieben trachten. Nachdem Göring durch Verschiebung des Aeltestenrats die erste Januarwoche gerettet hat, müssen seine Getreuen harren, um zunächst die zweite zu retten. Die Regierung, die dem angstvollen Spiel mit einer gewissen Schadenfreude zusieht, erklärt kaltschnäuzig, sie habe an einer weiteren Verschiebung der Verhandlungen kein Interesse und sei jederzeit zur Abgabe ihrer Erklärung bereit. Der „Völkische Beobachter" gibt die komische Versicherung ab:

Hitlers Neujahrsbotschaft, nach der es für uns keine Vergleiche und Kompromisse gibt, setzt unsere Feinde in Schrecken!

Man hört förmlich das Zähneklappern aus Angst vor dem grimmen „Führer". Aber der „Angriff" will die Angst doch noch ein wenig verlängern und versichert schämig: „Unter Umständen wird die Reichstagssitzung erst am 17. Januar stattfinden". Die Schreckensstreiter wollen erst nochmal ihre Säbel schleifen.

Die Gärung und Zersetzung im eigenen Lager geht inzwischen weiter. Das einzige Organ, welches darüber etwas verlauten läßt, ist das „Hamburger Tageblatt", gauamtliches Organ der NSDAP., das Herrn Hitler schon manchen Kummer bereitet hat. In ihm erklärt Graf Reventlow zum Neujahrstage, wie oft wohl an den gleichen Tagen der vergangenen Jahre „mit starken Worten und dicken Ueberschriften prophetisch erklärt worden ist: Das kommende Jahr werde nun ganz sicher die Entscheidung bringen". Joseph, merkst du was? Wer kann der unvorsichtige Prophet wohl sein? Reventlow hält ihn für etwas „nervenschwach". Er nennt es „eine tadelnswerte Unsitte und ein bedauernswertes Symptom für die Schwäche der deutschen Nerven", daß man immer auf die Entscheidung wartet, die dann eine Art goldenes Zeitalter bringen werde,

„oder auf den großen Mann, nach dessen Erscheinen man sich um nichts mehr zu kümmern brauche".

Herr Reventlow fordert, daß man sich an den Gedanken endlich gewöhne, daß Kampf, Entwicklung, Hindernisse und Zersetzungsbewegungen nicht aufhören und daß das „goldene Zeitalter" nicht kommen wird.

Er wagt sich also nicht nur an Mohammed, den Propheten, sondern auch an Allah, den Götzen selbst heran, an den großen Mann, der das „goldene Zeitalter" immer wieder — verspricht. Dagegen hat er immer wieder eine lobende Anerkennung für Straßer, den Geächteten und Gestraften, dessen „Krankheitsurlaub" eigentlich abgelaufen ist, aber wohl verlängert werden muß.

Kein Wunder, daß die Herren Nazi es mit dem Reichstag gar nicht eilig haben.

Terror im Polenheer

Standgerichte gegen Aufrührer

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Warschau, 3. Januar.

Durch Verordnung der Warschauer Garnisonleitung sind mit dem heutigen Tage militärische Standgerichte im gesamten Warschauer Bezirk eingeführt worden. Danach werden Vergehen von Militärpersonen, wie Ueberfall auf Vorgesetzte mit der Waffe in der Hand, hochverräterische und umstürzlerische Tätigkeit, Spionage usw. sofort standgerichtlich mit dem Tode durch Erschießen bestraft. Vor einigen Tagen sind ähnliche Verordnungen auch von dem militärischen Kommandanten in der ukrainischen Stadt Luzk und in der westpolnischen Weberstadt Lodz erlassen worden; sie dürften bald auf ganz Polen ausgedehnt werden. Diese Maßnahmen haben größtes Aufsehen erregt, da sie zu der Vermutung zwingen, daß es im polnischen Heere nicht so ruhig ist, wie die leitenden Stellen ständig versichern. Man befürchtet anscheinend vor allem ein schnelles Anwachsen radikaler Tendenzen unter den Soldaten unter der Wirkung des aufreizenden Massenelends ihrer proletarischen oder kleinbäuerlichen Angehörigen.

Protest in London

In der Silvesternacht hatte der englische Rundfunk Silvesterprogramme mehrerer europäischer Staaten übertragen. Bevor auf einen neuen ausländischen Sender umgeschaltet wurde, machte der Sprecher einige einleitende Bemerkungen. Bei der Umschaltung auf Warschau soll Polen, wie eine polnische Protestnote sagt, als ein Land bezeichnet worden sein, das ein

Drittel seines Staatshaushalts für Rüstungen

ausgibt. In dieser Bemerkung sieht Polen die Verwendung der englischen Sender zu politischer Propaganda gegen eine befreundete Macht und fordert Maßnahmen, die eine Wiederholung unmöglich machen.

dieser strukturellen Aenderung der Weltwirtschaft in bezug auf die Absatzmöglichkeiten der Industrie und die Beschäftigungsmöglichkeit der Arbeiter kommt nun die ungeheure technische Entwicklung der letzten eineinhalb Jahrzehnte, die dann wieder auch die Arbeitslosigkeit verschärft hat. Welche dieser beiden Entwicklungsreihen den Hauptteil der Arbeitslosigkeit bewirkt hat, läßt sich nicht auseinanderhalten und ist auch für das Endergebnis gleichgültig. Um so klarer ist dies: Die Rationalisierung ist überall nur mit Rücksicht auf den einzelnen Betrieb erfolgt, nicht mit dem Blick auf das Ganze, und daraus folgten Entlassungen, Steigerung der sozialen Lasten und Minderung der Kaufkraft.

Daß die wirtschaftliche und technische Entwicklung so wirken konnten, zeigt, daß die heutigen Wirtschaftsführer unfähig sind, die Wirtschaft mit Rücksicht auf das Allgemeinwohl zu führen, ja, daß die heutige Wirtschaftsorganisation die Kräfte, die sie selbst geschaffen hat, nicht mehr beherrschen kann. Was schon zu Beginn des Maschinenzeitalters einmal der englische Staatsmann Sir Robert Peel sagte, nämlich, daß jene große Leistung britischen Scharfsinns, vermöge dessen die Maschinen der Fabriken zu solcher Vollkommenheit gelangten, statt zu einem Segen für die Nation, zu ihrem bittersten Fluche werde", ist gerade heute wieder für alle Industrieländer zur bittersten Wahrheit geworden.

In einer vernünftig organisierten Wirtschaft hätte die Verdrängung der lebendigen Arbeitskraft des Menschen durch die tote Maschine doch entweder eine Steigerung des Güterverbrauchs, also die Möglichkeit erhöhter Bedürfnisbefriedigung der Menschen, oder bei gleichbleibender Güterversorgung Verlängerung der Freizeit aller zur Folge haben müssen. Diese vernünftige Organisation der Wirtschaft hat gefehlt. Statt einer planvollen ist eine ziellose, nicht von der Rücksicht auf die Allgemeininteressen geleitete Wirtschaft betrieben worden.

Das Widersinnige dieser Tatsachen erkennen, heißt die Wege zeigen, die zur Beseitigung der gemachten Fehler beschritten werden müssen. Aber, wie es scheint, ist man in den Kreisen der Wirtschaft unfähig, diese Fehler zu erkennen. Ein Schriftsteller unserer Zeit sagt nicht mit Unrecht, daß inmitten unerreichter technischer Fortschritte eine Wirtschaftskrise von dem heutigen Ausmaß ein Widerspruch in sich selbst sei. Es steige die Leistungsfähigkeit der Fabriken, die Tragfähigkeit des Ackerbodens wachse, ohne daß die Bevölkerung in gleichem Maße zunehme, und nach einem unerklärlichen Gesetz sei unsere Generation anscheinend zu immer größerem Mangel verurteilt! Es bleibe kein anderer Weg, als daß die Völker, die einen großen Teil ihrer früheren Arbeitsleistung durch Maschinen bewältigen lassen, das körperliche Arbeitspensum verringern müssen. Das ist nur ein Teil dessen, was die Gewerkschaften und die Partei mit ihren Vorschlägen zum Ausbau und zur Neugestaltung der Wirtschaft fordern. Die Forderungen der Partei sind getragen vom Gedanken des Sozialismus. Dieser Gedanke ist auf dem Marsche. Ihn in immer weitere Kreise hineinzutragen, ist unsere Aufgabe.

Der junge Marx hat 1843 einen Satz geschrieben, der klingt, als sei er heute in unserer Zeit geprägt worden. Er sagt: „Die Welt besitzt längst den Traum von einer Sache, von der sie nur das Bewußtsein besitzen muß, um sie wirklich zu besitzen." Erst wenn im Bewußtsein immer weiterer Kreise die Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Sozialismus Platz gegriffen hat, dann wird er sein. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für ihn sind gegeben. Nun gilt es, auch die psychologischen Voraussetzungen für ihn zu schaffen, das heißt, den Willen, ihn zur Verwirklichung zu bringen, im Volke zum herrschenden zu machen.

Die Armee des Dritten Reichs

Kriminalverbrecher in der NSDAP. 1932

Adolf Hitler sah sich bereits als Reichspräsident. Mit geringerem als dem Reichskanzlerposten wollte er sich unter keinen Umständen begnügen. Unter dem machte er es nicht! Die Mörder von Potempa begrüßte er aber als „meine Kameraden". Es waren Mörder, vom Sondergericht zum Tode verurteilt. Es waren ganz gemeine Verbrecher, die sich das politische Mäntelchen umgehängt hatten, um ihre Blutrünstigkeit zu verdecken. Was tut's? Von gemeinen Verbrechern wimmelt es ja auch sonst in der SA., auch von vorbestraften Subjekten, deren schlummernde Kriminalität bei der ersten Gelegenheit wieder durchbricht.

Jedes Jahr bringt neue Listen krimineller Mitglieder der NSDAP. und der SA. Unmöglich, sie auch nur annähernd aufzuzählen! Die krassesten kriminellen Heldentaten dieser Kameraden Adolf Hitlers aus dem Jahre 1932 sollen hier aber angeprangert werden.

Mörder, Totschläger und Räuber

Der 23jährige Bürogehilfe Friedrich Stark ermordete am 6. September in Berlin mit dem Hakenkreuz auf der Brust die Sprachlehrerin Carl, geb. Bruscato; er wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Der 20jährige SA.-Mann Ernst Kruse erhielt vom Landgericht in Schwerin wegen Totschlags an einem Reichswehrgefreiten 3 Jahre 4 Monate Gefängnis;

der Vorsitzende der Nationalsozialistischen Ortsgruppe Tegernsee wegen Totschlags an seinem Freunde vom Münchener Gericht 4 Jahre Gefängnis — der Staatsanwalt hatte 8 Jahre Zuchthaus beantragt;

der Standartenträger Tiesch aus Eutin vom Lübecker Landgericht wegen versuchten Mordes an seiner Ehefrau 3 Jahre 10 Monate Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust;

der SA.-Führer T. wegen Totschlags an seiner Tante vom Berliner Landgericht 12 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust;

der SA.-Mann Ziebel wegen Totschlags an seiner Geliebten vom Berliner Gericht 3 Jahre 6 Monate Gefängnis.

Gleichfalls vom Berliner Gericht der 22jährige SA.-Mann Rählow 12 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, der 17jährige SA.-Mann Zepernick 6 Jahre Gefängnis wegen Totschlags in Tateinheit mit versuchtem Raub am Fouragehändler Meierhard;

der Nazi G. und der SA.-Mann D. wegen Verabredung gegen das Leben eines Geldbriefträgers und wegen mehrerer Einbrüche vom Berliner Gericht je 2½ Jahre Gefängnis.

Vier SA.-Leute wurden erst vor kurzem in Berlin wegen Raubmordversuchs an dem Ehepaar Leibholz verhaftet.

Brandstifter und Fälscher

Der 56jährige Nazimann Schneidermeister und Hausbesitzer Walter Rahming wurde vom Geraer Landgericht wegen Brandstiftung in Tateinheit mit Versicherungsbetrug zu 2½ Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt; wegen Brandstiftung in mehreren Fällen der SA.-Führer Erbs aus Udestedt zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Wegen Brandstiftung wurde die Ehefrau des nationalsozialistischen SA.-Führers Oberjäger Anton Fuchs in Neckarsulm verhaftet. Auch der Nazimann Rohde, Spediteur und Lastwagenbesitzer, wurde wegen Brandstiftung und Versicherungsbetruges in Haft genommen.

In Wien entdeckte man in der Wohnung des Nationalsozialisten Michael Karl eine Fälscherwerkstatt. Man fand Versicherungsmarken im Werte von 1 Million Mark. Um diese Summe ist das Deutsche Reich geschädigt worden.

In Schwarzenfels wurden die Nationalsozialisten Dorn und Zollinger wegen Herstellung falscher Fünfzigpfennigstücke verhaftet.

Sittlichkeitsverbrecher

Nur die schlimmsten Fälle können genannt werden — so groß ist die Zahl der nationalsozialistischen Sittlichkeitsverbrecher.

Die Bochumer Polizei verhaftete drei SS.-Leute und einen SA.-Mann, die sich an einem jungen Dienstmädchen in der gemeinsten Weise vergangen haben sollen.

Die Halberstadter Große Strafkammer verurteilte den SA.-Mann Hermann Krüger, der sich an 4 sieben- bis neunjährigen Mädchen vergangen hatte, zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Der Kassierer der NSDAP. Friedrich Bendig aus Ponarth wurde von einer Königsberger Strafkammer wegen Sittlichkeitsverbrechens an minderjährigen Mädchen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt;

wegen unzüchtiger Handlungen an Kindern unter 14 Jahren erhielt der SA.-Führer August Wolfshohl in Köln-Mühlheim 10 Monate Gefängnis;

der Führer der Hitlerjugend Jahn in Gera wegen Sittlichkeitsvergehens in sieben Fällen 2 Monate Gefängnis, der Staatsanwalt hatte 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust beantragt;

die Nationalsozialisten Adolf Scharf und Fritz Witwer aus Dittersbach wegen vollendeter bzw. versuchter Notzucht 1 Jahr 3 Monate Gefängnis resp. 8 Monate Gefängnis;

der Führer der Hitlerjugend Hermann Held vom Kasseler Schöffengericht wegen sittlicher Verfehlungen in elf Fällen an Kindern unter 14 Jahren 4 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust usw

Meineid, Erpressung und Spionage

Der Nazi-Studienrat Erich Pollex wurde in Kassel wegen Sittlichkeitsvergehens an seiner 16jährigen Schülerin und Verleitung zum Meineid zu 3½ Jahren Zuchthaus verurteilt;

der Nazi-Oberlandjäger Findeisen aus Wernigerode wegen Verleitung zum Meineid vom Halberstädter Gericht zu 1 Jahr 9 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust;

der SA.-Gruppenführer Alexander Leide aus Gleiwitz wegen Meineids zu 1 Jahr Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust;

der SA.-Mann Hechler wegen fahrlässigen Falscheides vom Landgericht in der Provinz Starkenburg — er hatte in einem Prozeß seinen Parteigenossen durch eine falsche Aussage zu entlasten versucht — zu 6 Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte wegen Meineids 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust beantragt.

Der Sturmführer Valentin Krug wegen Anstiftung zum Meineide vom Darmstädter Landgericht zu 2 Jahren Zuchthaus;

der Nazi-Kaufmann Eduard Schwierz wegen Konkursvergehens und falscher eidesstattlicher Versicherung zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust.

In Schöneheck a. d. E. wurde in einem Prozeß gegen 5 Nationalsozialisten ein Nazizeuge wegen Meineids verhaftet. Als einem der Angeklagten, dem Nazimann Karbe, nachgewiesen wurde, daß er mindestens vier Zeugen seiner Partei zum Meineid verleitet hatte und er im Gerichtssaal verhaftet werden sollte, flüchtete er.

In Halle erklärte der SA.-Mann Bachmann in einem Prozeß gegen Kommunisten, daß er von der Parteileitung die Anweisung erhalten habe, einen Meineid zu schwören. Die Staatsanwaltschaft leitete darauf ein Verfahren ein.

In Stuttgart wurden der SA.-Mann Reissing wegen Verdachts der Verleitung zum Meineid und der ehemalige Nazi-Polizeibeamte wegen Verdachts des Meineids im Gerichtssaal verhaftet.

Derartige Verhaftungen von Nationalsozialisten im Gerichtssaal wegen Meineids sind im Laufe des Jahres häufig vorgekommen.

Der Nationalsozialist Zackel wurde in Halberstadt wegen Erpressung von 3000 Mark zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt;

der Nationalsozialist Wißler in Fulda wegen Spionage zugunsten Frankreichs zu 1 Jahr Gefängnis.

Unterschlagung, Betrug und Urkundenfälschung

Unterschlagungen sind bei den Nazis eine alltägliche Erscheinung. Das beweisen allein schon die Veröffentlichungen im Verordnungsblatt der Reichsleitung der NSDAP. Sämtliche Fälle von Unterschlagungen aufzuzählen, ist unmöglich.

Der SA.-Führer Frank Regrodt aus Mühlhausen flüchtete mit 21 000 Mark unterschlagener Gelder nach Frankreich. Der Sturmführer Bunge aus Gandersheusen unterschlug 15 000 Mark Krankenkassengelder — das Braunschweiger Gericht wandte auf ihn die Amnestie an.

Der Kreisleiter der NSDAP. Prinz wurde vom Schöffengericht in Wiesbaden zu 2 Jahren 1 Woche Gefängnis wegen Unterschlagung von 28 976 Mark an Betriebskrankenkassengeldern verurteilt; der Naziführer in Rottenburg, der Obersteuersekretär Keim, wegen Amtsunterschlagung und Falschbuchung zu 6 Monaten Gefängnis; die Nationalsozialisten Peters und Burg wegen Unterschlagung von 8000 Mark Lohngeldern zu 1 Jahr bzw. 3 Monaten Gefängnis; der Nazi-Bürgermeister von Maschingen bei Boblingen Zetzmann wegen fortgesetzter Unterschlagung im Amt, Untreue und Betrug zu 2 Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust usw.

Der Nazi-Obergerichtsvollzieher Kleinert aus Grünberg unterschlug 13 000 M.; der SA.-Führer in Stettin Günther Grahl 7000 Mark. Der Nazi-Bahnhofsvorsteher Lüders in Braunschweig beging gleichfalls eine Unterschlagung; ebenso der SA.-Mann Mühlfriedel in Wilkau.

Der Kaffeehausbesitzer Heinrich Haufee, ein bekannter Münchener Nazi, früherer Besitzer des Reichsadlers, des jetzigen dritten Braunen Hauses, erhielt wegen einer Denisenschiebung 4 Monate Gefängnis; der Staatsanwalt hatte ein Jahr Zuchthaus beantragt; der Nationalsozialist Narten vom Hamburger Schnellgericht wegen Kautionsschwindeleien in Höhe von 27 000 Mark, die zum Teil in die Parteikasse geflossen sind, 4 Jahre Zuchthaus und 4 Jahre Ehrverlust.

Der SA.-Führer Neiden in Leipzig wurde wegen Betruges und Urkundenfälschung zu 2½ Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt, der Nazi Staubitz in Hanau wegen Rentenbetruges zu 1 Jahr Gefängnis, der Nationalsozialist Thierhoff aus Stiepel vom Bochumer Gericht wegen Betruges zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.

Einbrecher und Diebe

Auch hier nur eine kleine Auslese: Das Kieler Schöffengericht verurteilte zwei SS.-Leute wegen Einbruchs in 15 Fällen zu je 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und einen SA.-Mann zu 1 Monat Gefängnis. Die SA.-Führer Ströhmann und Zimmermann aus Herschkallen wurden vom Schöffengericht in Insterburg wegen verschiedener Einbruchsdiebstähle zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt usw. Dann wurden drei Nazis als Segeljachtdiebe verhaftet, in Ochtrupp vier SA.-Leute wegen zahlreicher Einbrüche, dann wieder ein Nazi als Fahrraddieb, ein anderer wegen Kameradendiebstahls, dann erhielt ein Sturmführer der SA. wegen Getreidediebstähle acht Monate Gefängnis, in Düsseldorf wurde der Sturmführer Leuchter als Führer einer Autodiebeskolonne überführt und der SA.-Mann Kühl als Manfardendieb; mit dem letzteren wurden noch weitere fünf SA.-Leute der Besatzung des SA.-Heims verurteilt; es waren dies die berüchtigten Koburg-Fahrer.

★

Die Liste krimineller Nationalsozialisten und SA.-Leute allein vom Jahre 1932 könnte beliebig vermehrt werden — es fehlen in ihr z. B. die zahlreichen Selbstverstümmler und alle gemeinen Verbrechen mit dem „politischen" Mäntelchen. Doch auch die Blütenlese hier genügt! Alle sind des großen Adolfs „Kameraden"!

S. M. befördert

Wenn Lächerlichkeit töten würde...!

In der alten Königlich Preußischen Armee war der Monat Januar ganz besonders bedeutungsvoll. Zum Jahreswechsel, am 18. Januar zum Reichsgründungstag und am 27. Januar zu Kaisers Geburtstag gab es Beförderungen und regnete es Orden. Durch die Republik sind gewisse Gruppen des deutschen Volkes dieser Segnungen verlustig gegangen, aber es ward ihnen ein Ersatz. Im „Völkischen Beobachter" dürfen wir nämlich folgenden Neujahrsbefehl Adolf Hitlers lesen:

Mit dem Rang eines Obergruppenführers wird mit Wirkung vom 1. Januar 1933 bekleiden: Reichsführer SS. Himmler. Befördert werden zu Ortsgruppenführern mit Wirkung vom 1. Januar 1933:

der Ehrenführer der NSKK.: Gruppenführer von Epp;

der Ehrenführer der NSFK.: Gruppenführer Göring;

der Quartiermeister im Stab der Ob. SA.-Führung: Gruppenführer Hühnlein.

Ernannt werden:

zum Inspekteur der Aufmarschinspektion: Gruppenführer von Hörauf,

zum Chef des Flugwesens der SA. unter Beibehaltung seiner Dienststellung als Abteilungschef der Abteilung I: Gruppenführer von Krauß,

zum Rechtsberater der Ob. SA.-Führung: Dr. Luetgebrune,

zum Inspekteur im Stab der Generalinspektion SA. und SS.: Gruppenführer von Fichte (unter Enthebung von seiner bisherigen Dienststellung als Führer der Gruppe Westfalen).

Die Herren von Epp und Göring, Himmler und Luetgebrune werden sich neue Tressen und Sternchen und andere Mätzchen anlegen dürfen. Aber dieses majestätische Verleihen von selbsterdachten Würden und Titeln deutet auch auf anderes. Da gab es in Berlin einmal einen Stammtisch von Journalisten, Dichtern und Zeichnern. Auch sie hatten einen „Führer". Er war Durchlaucht und hörte auf den Namen „Fürst Labetrunk". Auch er „ernannte". Da hatte man einen „Geheimen Obervizekanzler", einen „Reichsgerichtsvollzieher", einen „Oberwachtmeister zur See" und so fort. Auch Orden wurden „verliehen", so der **Großkordon der Ehrenlegion zum Bierfilz...**

Soldatenrat Gayl

Keine Antwort ist auch eine Antwort

Der frühere Reichsinnenminister von Gayl weilte 1918 bei Ausbruch der Revolution als Hauptmann in Kowno. Da er den Anschluß an die neue Zeit nicht verpassen wollte, bat er, dem Soldatenrat als Mitglied angehören zu dürfen. Die Chemnitzer „Volksstimme" enthüllte diesen interessanten Vorfall kürzlich und Nazi-Kube griff die Sache auf, indem er an die preußische Staatsregierung eine entsprechende Anfrage richtete

In seltsamer Zurückhaltung hat die preußische Staatsregierung Herrn Kube jetzt geantwortet, daß durch das Ausscheiden des Reichsinnenministers von Gayl aus seinem Amt die Kleine Anfrage wohl als erledigt zu betrachten sei. Warum diese Zurückhaltung gegenüber einem Mann, der schließlich für die Gewaltaktion gegen Preußen mit verantwortlich ist? Sie wird nur dadurch begreiflich, daß auch in der zurückhaltenden Erwiderung auf die nationalsozialistische Anfrage eine positive Antwort in dem Sinne liegt, daß Gayl im November 1918 in Kowno „revolutionärer" Soldatenrat gespielt hat.

14 Jahre später gehörte dieser Mann mit Herrn von Papen zu denen, die die Macht und das Recht in sich fühlten die Weimarer Verfassung abzuschaffen. Ehe es soweit kam, mußten sie unter dem Druck der Arbeiterbewegung von der **Bildfläche verschwinden.**

Erwerbslosenselbsthilfe auch 1933

Das Werk der Notgemeinschaft muß ausgebaut werden

Erwerbslose helfen Erwerbslosen — das unter diesem Leitwort stehende Werk der Notgemeinschaft Berlin hat reiche Früchte getragen. Ueber die bisherige Arbeit unterrichtet der nachstehende Artikel des sozialdemokratischen Stadtverordneten Lempert, der sich um die Förderung des Hilfswerkes besondere Verdienste erworben hat.

*

Wenn ein Wunsch und eine Hoffnung, seit Jahren in Millionen unserer Volksgenossen lebendig, seine restlose Erfüllung im neuen Jahre finden müßte, so der, daß Arbeit und Brot geschaffen werden. Leider ist die Erkenntnis, daß zur Erreichung dieses Zieles eine auf das Gesamtwohl der Menschheit eingestellte Wirtschaft vonnöten ist, noch nicht Allgemeingut. Die Befriedigung und Erfüllung der millionenfachen Hoffnung ist deshalb zunächst an die Frage gebunden, inwieweit im kommenden Jahr die Möglichkeit besteht, den Forderungen nach einer planmäßigen Wirtschaftsführung stärkere Geltung zu verschaffen.

Wer angesichts der immer noch steigenden Not und der unzulänglichen Unterstützung der Erwerbslosen und Alten das furchtbare Los dieser Mitmenschen lindern will, der muß das Prinzip der organisierten Selbsthilfe sowie die Forderung nach stärkster praktischer Solidarität der Arbeitenden mit den Wirtschaftsopfern anerkennen und unterstützen.

Es wird für das begonnene Jahr Aufgabe der im Wege der Selbsthilfe allerorten arbeitenden Gemeinschaften sein, durch stärkere Herausstellung der dem Selbsthilfewerk zugrundeliegenden Ideen, durch schnellen, umfassenden Ausbau der bestehenden örtlichen Einrichtungen, weiteren Kreisen die volkswirtschaftliche Bedeutung und die Notwendigkeit geistiger und materieller Unterstützung des Selbsthilfewerkes klar zu machen.

Die Selbsthilfegemeinschaften einschließlich der in Berlin bestehenden Notgemeinschaft zur Errichtung von Küchen und Heimen dürften für sich nicht das Recht stärkster Beachtung in Anspruch nehmen, wenn ihr Wirken sich auf das Sammeln von Spenden und Geben von Almosen erschöpfen würde. Die Wiedererweckung brachliegender körperlicher und geistiger Kräfte, das Herausheben der Jugend und des Alters aus dem sie verzehrenden Gedanken völliger Nutzlosigkeit, die Weckung der Freude an gemeinschaftlich im Rahmen des eigenen Werkes vollbrachter Arbeit sind in knappen Worten einige der neuen Gedanken und tragenden Stützen der Selbsthilfebewegung.

Was geschafft wurde.

Ein Jahr nicht immer leichter Arbeit ließ selbst unter erschwerten Verhältnissen in Berlin bemerkenswerte Ansätze entstehen, die es zielbewußt angesichts der großen Not zu erweitern gilt.

Zwölf Küchen, von welchen sechs erst vor kurzer Zeit erstellt werden konnten, verabreichten etwa 750 000 Liter Essenportionen.

Fünf großzügige Heimanlagen, darunter ein Gartenheim verbunden mit Viehhaltung, geben ein weiteres Bild von der im echten Gemeinschaftsgeist geleisteten Arbeit und stellen die Durchführungsmöglichkeit der vorerwähnten Ideen unter Beweis.

Einige der im Jahr auf diese Art erzielten Leistungen verdienen auch im Rahmen dieser Betrachtung festgehalten zu werden.

In Weißensee verrichteten unsere Freunde anläßlich der Erstellung ihres Heimes und der Küche nicht weniger als 6800 freiwillige, freudig geleistete Arbeitsstunden. In 4500 Stunden wandelten die Jugendlichen und Alten einen umfangreichen Schuttplatz in ein blühendes Gartenheim um. Gleiche Opferbereitschaft und Arbeitsfreudigkeit auch bei dem vor einem Jahr entstandenen und täglich von 350 Jungen und Alten besuchten Heim Friedrichshain. Ungezählte Arbeitsstunden und aufgewandter Fleiß in dem Arbeitskreis des Weddings. Leistungen auf dem Gebiete des Küchen-, Heim- und Werkstättenbetriebes, die allen außenstehenden Besuchern Achtung abnötigten.

Aber nicht nur die Bauarbeiten und die Vervollkommnung des Inventars werden aus Liebe zur eigenen Sache freiwillig getätigt, sondern das Bereiten der Speisen, die Betreuung der Heime, der Reinigungsdienst, die gesamte Verwaltung werden ehrenamtlich von den Gemeinschaften der Erwerbslosen durchgeführt.

Von Pessimisten wurde im Anfang der Bewegung immer wieder die Befürchtung geäußert, bei der großen Zahl und der verschiedenen religiösen und politischen Einstellung der Essenteilnehmer und Heimbesucher, müßten sich für das Gemeinschaftsleben störende Auseinandersetzungen ergeben, kann als völlig gegenstandslos bezeichnet werden. Liefert doch das Heim Friedrichshain

mit über 100 000 Besuchern im verflossenen Jahr

den Beweis guten kameradschaftlichen Zusammenhaltens.

Nur stichwortmäßig soll zur Abrundung des Bildes den der Bewegung noch Fernstehenden weitere Kenntnis vom inneren Leben der Gemeinschaften gegeben werden. Da musizieren erwerbslose Musiker, die sich im Heim zusammenfanden. Außerordentlich groß ist die Zahl derer, die sich an belehrenden und unterhaltenden Vorträgen beteiligten. Gleich starke Beteiligung war bei den Schachkursen und beim englischen Unterricht zu verzeichnen. Stets gefüllte Leseräume und Bestreben der Heimleitungen, gediegenen Lesestoff in ausreichendem Maße zu beschaffen. Ein

Blick in die Werkstätten

zeigt Schuhmacher und Schneider den Nächsten im Rahmen der Gemeinschaft betreuend, zeigt Maurer, Tischler, Maler mit dem Ausbau und der wohnlichen Ausgestaltung der Anlagen beschäftigt.

Alles in allem sind es erfolgreiche Anfänge, die es im neuen Jahr mit allen Kräften zu fördern und zu erweitern gilt. Auch im Jahre 1933 muß der Satz Geltung haben: Dem Nächsten in Zeiten der Not zu helfen ist sittliches Gebot und unser aller Pflicht!

Erwerbslosenhilfe

auch im neuen Jahr! Gebt für das Selbsthilfewerk der Erwerbslosen! Unterstützt die Ziele der Notgemeinschaft Berlin zur Errichtung von Küchen und Heimen e. V.! Spenden können auf das Postscheckkonto Nr. 152 242 zur Einzahlung gebracht werden. Auskünfte erteilen: Büro Thaerstraße 31, Alexander 1826; Büro Wilhelmstraße 46, Jäger 1042.

Körperkultur verboten!

Die Koch-Schule aufgelöst — Sabotage des Landtagsbeschlusses

Der preußische Kommissar Professor Kaehler im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat durch Verfügung vom 27. Dezember 1932 die Körperkulturschule Adolf Koch für aufgelöst erklärt, nachdem bereits durch Erlaß ein Verbot zum 1. November 1932 ausgesprochen worden war.

Die Auflösung der Schule widerspricht aber dem Beschluß des Hauptausschusses im Preußischen Landtag vom 20. Dezember, nach welchem mit über Zweidrittelmehrheit die Weiterführung der Adolf-Koch-Schule verlangt worden war und die kommissarische Regierung ersucht worden ist, entsprechende Verhandlungen sofort zu führen und dem Landtag zu berichten.

Die Auflösungsverfügung des kommissarischen Kultusministers ist also eine glatte Sabotage des Volkswillens, der im Landtag verkörpert ist. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, sind leitende Ministerialbeamte im Kultusministerium nicht der Meinung ihres Ministers! Sie stellen sich nur als Beamte gezwungenermaßen hinter die Ansicht ihres jetzigen Vorgesetzten.

In den vorhergegangenen Besprechungen mit Adolf Koch ist wiederholt festgestellt worden, daß kein Grund zu einer Beanstandung in pädagogischer oder sittlicher Beziehung vorliegt, sondern daß tatsächlich die Auflösung nur deswegen erfolgt, weil die Schule durch ihre soziale Tätigkeit ihre unentgeltliche ärztliche Beratung an unbemittelte Mitglieder, ihre unentgeltliche Abgabe von Brausebädern, Höhensonnenbestrahlungen und Gymnastikunterricht an Unbemittelte in den Vordergrund getreten ist!

Tatsächlich hat auf Grund des Verbots die Steuerbehörde das Postscheck- und Bankkonto der Körperkulturschule Adolf Koch sperren lassen, nachdem eine wissenschaftliche Filmveranstaltung „Die Seele des Kindes" als eine vergnügungssteuerpflichtige Angelegenheit bezeichnet worden ist, obwohl sich die Schule trotz dieser unsinnigen Entscheidung zu Ratenzahlungen bereit erklärt hat — weil die Steuer nach dem Verbot mit dem wirtschaftlichen Bankrott der Schule rechnet.

Ueber 4000 Angehörige der Schule, die zum größten Teil zu den wenig begüterten Volksgenossen gehören, werden von dem Schicksal betroffen. Bestrafung auf Grund freiwilliger Mehrarbeit — das ist Preußen von 1933!

Appell an Schleicher

Der Leiter der Schule Adolf Koch hat sich in einem ausführlichen Schreiben an Reichskanzler von Schleicher mit der Forderung gewandt, von sich aus über die Rechtsgültigkeit der Verfügung Professor Kaehlers zu entscheiden. Wird Herr von Schleicher auch diesen neuesten Streich der preußischen Reaktion mitmachen?

„Malygin" im Sinken

Katastrophe im Eismeer

Der große sowjetrussische Eisbrecher „Malygin" ist im Nördlichen Eismeer in voller Fahrt im Dunkel der Nacht auf einen Eisberg gerannt und hat sich dabei ein großes Leck zugezogen. Sofort nach dem Unglück wurden SOS-Rufe ausgesandt, die von den Funkstationen an der Eismeerküste aufgefangen wurden. Die Funkstationen haben während der Nacht in funkentelegraphischer Verbindung mit „Malygin" gestanden, jedoch hörten die Signale plötzlich auf. Man befürchtet daher, daß der Eisbrecher im Sinken ist. An Bord des „Malygin" befinden sich über 100 Mann Besatzung.

SA.-Silvester

Krach mit Schupos

Die Links- und Rechtsradikalen haben sich in der Silvesternacht gegenseitig die erste Probeschlacht des neuen Jahres geliefert. Im Zusammenhang mit der Tötung des 16jährigen Hitlerjungen in der Utrechter Straße wurden von einem Polizeikommando zwei KPD.-Lokale durchsucht. Die Beamten waren gerade damit fertig, als sie Fensterscheiben klirren hörten. Es wurde festgestellt, daß die Fensterstürmer in das SA.-Lokal geflüchtet waren. Der Polizeileutnant begab sich darauf mit seinen Beamten in das SA.-Lokal, um es zu durchsuchen.

Einer der SA.-Leute, der 22jährige Kriebel, ein mehrfach wegen verschiedener Delikte vorbestrafter Mann, machte verschiedene Redensarten, wie: Hier wird nichts durchsucht! Durchsuchung kommt gar nicht in Frage!, und störte die Beamten bei ihrer Arbeit. Als alle Beschwichtigungsversuche vergeblich waren, ordnete der Polizeileutnant an, den Mann in Gewahrsam zu nehmen. Dieser leistete Widerstand, ein anderer SA.-Mann mischte sich ein, es kam zu einem regelrechten Ringen zwischen den Beamten und den beiden SA.-Leuten, einer der Beamten erhielt einen Stoß gegen die Brust und fiel zusammen mit Kriebel zu Boden; es kostete nicht geringe Mühe, die SA.-Leute abzuführen. Vor dem Schnellgericht erklärten sie, sie seien beide betrunken gewesen. Das Gericht verurteilte sie zu je einem Monat Gefängnis.

Die Augen ausgeätzt

Furchtbare Eifersuchtstat

Schwere Folgen hatte ein Eifersuchtsattentat, das Frau B. auf ihre Nebenbuhlerin Frau H. verübt hatte, der sie bei einem Besuch in ihrer Wohnung Lötwasser ins Gesicht spritzte, so daß ein Auge herausgenommen werden mußte, während das andere die Sehschärfe verlor.

Frau B. hatte von ihrer erwachsenen Tochter erfahren, daß ihr Mann, während sie im Krankenhaus gelegen hatte, Beziehungen zu einer früheren Jugendfreundin, Frau H. in der Stargarder Straße, wieder aufgenommen hatte. Nach vielfachen Auseinandersetzungen besorgte sich die verzweifelte Frau eine kleine Flasche mit Lötwasser, die sie in ihrer Tasche trug, als sie in die Wohnung der Frau H. ging, um diese über ihre zerstörte Ehe zur Rede zu stellen. Anstatt jeder Auseinandersetzung schüttete Frau B. aber gleich nach Eintritt in die Wohnung ihrer Nebenbuhlerin die ätzende Flüssigkeit ins Gesicht, so daß diese zusammenbrach und schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden mußte. In der Verhandlung, in der Frau H. als Nebenklägerin auftrat, beteuerte die Angeklagte, daß sie das Attentat nicht beabsichtigt habe. Sie habe sich das Lötwasser zu anderen Zwecken besorgt und nicht gewußt, daß die Flüssigkeit so gefährlich sei. Der Staatsanwalt nahm dagegen an, daß Frau B. die Erblindung ihrer Nebenbuhlerin beabsichtigt hatte und beantragte gegen sie zwei Jahre Zuchthaus. Die Strafkammer des Landgerichts I urteilte aber milder, indem sie annahm, daß die Angeklagte lediglich beabsichtigt hatte, ihrer Nebenbuhlerin einen Denkzettel zu verabreichen. Frau B. wurde wegen schwerer Körperverletzung zu ein Jahr Gefängnis und zu einer an die Nebenklägerin zu zahlenden Buße von 3000 Mark verurteilt. Bei Verkündung des Urteils brach die Angeklagte weinend zusammen, so daß sie aus dem Gerichtssaal getragen werden mußte.

Die Pieper-Clique

Komplicen des Mörders

Bei der Aufklärung der Einbruchsserie des inzwischen durch Selbstmord geendeten Chauffeurmörders und Bandenführers Eugen Pieper sind bisher vier Mitglieder der Verbrecherclique hinter Schloß und Riegel gesetzt worden.

Die Taten der Einbrecherkolonne reichen sehr weit zurück und mehrere Dutzend Einbrüche und Ueberfälle dürften auf ihr Konto kommen. Am Dienstag hat der Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium gegen Erna Trachmann wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls, gegen Klose als Mittäter bei den verübten Einbrüchen, gegen Beyer wegen fortgesetzter Hehlerei und gegen einen vierten Mann, der die Bande mit Schußwaffen versorgte, Haftbefehl erlassen. Das vierblättrige Kleeblatt ist bereits in das Untersuchungsgefängnis Moabit gebracht worden.

Strumpf statt Sparkasse

Das „verlorene" Sparbuch

Eine Hausangestellte hatte sich in langen Jahren 430 Mark gespart. Vor einiger Zeit bekam sie aber Bedenken, ob das Geld auch bei der Sparkasse sicher sei. Sie beschloß daher, es abzuheben und bei sich im Strumpf aufzubewahren.

Da sie aber vormittags nicht abkommen konnte, erbot sich ihre Schneiderin, Frau Luise K., den Weg zur Sparkasse zu machen. Die Angestellte übergab ihr das Sparkassenbuch und die Sperrkarte, und dann hörte sie monatelang nichts mehr weder von dem Gelde noch von ihrem Sparkassenbuch. Frau K. hatte immer andere Ausreden und erzählte ihr, welche Schwierigkeiten die Abhebung der ganzen Summe mache. Schließlich ging Minna die Geduld aus, und sie drohte, daß sie sich selbst an die Sparkasse wenden werde.

Die Geschädigte zeigte sie nun an, und Frau K. hatte sich wegen Unterschlagung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten. Das Gericht glaubte ihr ihre Erzählung von dem Verlust des Sparkassenbuches nicht, denn an demselben Tage, an dem sie das Sparkassenbuch erhalten hatte, waren bereits 300 Mark abgehoben worden und der Rest einen Monat später. Frau K. wurde wegen fortgesetzter Unterschlagung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, sie erhielt aber Bewährungsfrist unter der Bedingung, daß sie den Schaden in Monatsraten ersetze.

Mensch im Kanalrohr

Ein ungeklärter Vorgang

Wittenberg (Bez. Halle), 3. Januar.

Frühmorgens gegen 6 Uhr hörten zur Arbeit gehende Leute plötzlich Hilferufe aus der Erde dringen. Unter einem Kanaldeckel an der Ecke Adler- und Lutherstraße kam menschliches Stöhnen und Rufen hervor. Die sofort benachrichte Kriminalpolizei, Schutzpolizei und Feuerwehr stellten fest, daß zwischen dem Einsteigeschacht und der Einmündung in den vorbeifließenden Bach in den Kanalröhren ein Mensch lag, obwohl die Röhren nur einen Durchmesser von 50 Zentimeter haben. Nach eifrigster Arbeit gelang es, den Unglücklichen mittels längs aneinandergebundener Holzstangen mit einem Haken zu fassen und hervorzuziehen. Er lag in einer Entfernung von etwa 15 Metern vom Schacht. Als man ihn jedoch gegen ½9 Uhr geborgen hatte, war er bereits tot. Es handelt sich um den 65jährigen Arbeiter Hermann Bossen aus Wittenberg. Die linke Pulsader war zweimal durchschnitten. Ein blutiges Messer steckte in der rechten inneren Brusttasche. Ob ein Verbrechen vorliegt, konnte bisher noch nicht geklärt werden. Einige Festnahmen sind erfolgt.

Oesterreich im Kunstlichtbild. Vortrag mit 200 Aufnahmen von Redakteur a. D. Theodor Brieger, Verkehrsbüroleiter in Linz a. D., Mittwoch, 18. Januar, Naturfreunde, Friedrich-Werdersches Oberrealgymnasium, Weinmeisterstraße 16/17, 20 Uhr.

In wenig Worten

Die Hamburger Hochbahngesellschaft teilt mit, daß die Abdichtung der Baugrube am U-Bahnhof Jungfernstieg sofort in Angriff genommen worden sei. Der bereits fertiggestellte erste Bauabschnitt und der in Betrieb befindliche Tunnel seien nicht gefährdet. Die wasserdichten Querwände zum Schutze dieser Teile hätten ihren Zweck vollständig erfüllt.

*

Bei Abbrucharbeiten an einer seit langer Zeit stilliegenden Spinnerei durch den freiwilligen Arbeitsdienst ereignete sich in Düren ein tödlicher Unfall. Als eine Mauer umgelegt werden sollte, lief der Bautechniker Blüm auf die falsche Seite, stolperte und wurde unter den Gesteinsmassen begraben. Mit schweren Verletzungen wurde der Verunglückte ins Krankenhaus gebracht, wo er kurz darauf verschied.

*

Ein furchtbares Familiendrama, das fünf Personen das Leben kostete, spielte sich in einer Villa in Versailles ab. Dort wohnte ein Notar mit seiner Frau, seiner Schwiegermutter und seinen beiden Kindern. Am Morgen begab sich die Frau des Notars, die schon seit längerer Zeit Zeichen von Schwermut zeigte, in den Keller, wo ihr Mann mit dem Anmachen der Heizung beschäftigt war. Ohne ein Wort zu sagen, tötete sie ihn durch einen Schuß in den Kopf. Dann ging sie in das Schlafzimmer ihrer Mutter und jagte ihr ebenfalls eine Kugel in den Kopf. Nachdem sie anschließend ihr jüngstes Kind erdrosselt hatte, tötete sie ihren zehnjährigen Sohn ebenfalls durch einen Revolverschuß. Sodann schrieb sie einen längeren Abschiedsbrief an ihre Verwandten und machte ihrem Leben durch eine Kugel in den Mund ein Ende. Als die Polizei eintraf, waren alle fünf Opfer bereits verschieden.

*

Auf einem der Stadt Bochum gehörenden Gute brach am Dienstagnachmittag Großfeuer aus, das eine Scheune und einen Stall vernichtete. Acht Fahrzeuge und 250 Zentner Getreide fielen den Flammen zum Opfer. Wie gleichzeitig bekannt wurde, ist der Pächter des Gutes seit Wochen verschwunden.

Selbstmord auf der Straße

Auf dem Hackeschen Markt spielte sich am Dienstagnachmittag ein aufregender Vorfall ab. Ein Passant setzte plötzlich eine Pistole gegen seine Schläfe und drückte zweimal ab. Blutüberströmt brach der Lebensmüde zusammen. Durch einen Polizeibeamten wurde der Schwerverletzte ins Hedwigskrankenhaus gebracht, wo er einige Stunden nach seiner Einlieferung starb. In den Taschen des Mannes wurde ein Zettel gefunden, auf dem der Name „Paul Luther, Werkmeister" geschrieben stand. Der Selbstmörder ist etwa 55 bis 56 Jahre alt. Die Kriminalpolizei hat die weiteren Ermittlungen aufgenommen. — Auf dem Heuboden seines Hauses in der Kaiser-Friedrich-Straße 6 in Adlershof erhängte sich gestern der 56jährige Pensionär Wilhelm R. Die Leiche ist beschlagnahmt worden. — Außerdem versuchten sich in den gestrigen Nachmittagsstunden vier Personen durch Gas zu vergiften. In allen Fällen gelang es der alarmierten Feuerwehr, die Lebensmüden zu retten.

Die ersten Maikäfer!

Zehn Zentimeter unter der Erde fand gestern ein parteigenössischer Gärtner im Botanischen Garten in Dahlem beim Umgraben zwei ausgewachsene Maikäfer. Die letzten, für die Jahreszeit außergewöhnlich warmen Tage hatten die Tierchen zu so frühem Leben erweckt. Bei ihrem Besuch in der Redaktion des „Vorwärts" waren die beiden Kerlchen so munter, als wären wir wirklich schon im schönen Monat Mai.

Inventur!

Vor und hinter den Kulissen

Der traditionelle Termin für den Kauf allergrößter Billigkeiten hat auch wieder mit dem traditionellen Ansturm am Morgen des Eröffnungstages eingesetzt. Die Schlager-Preisliste enthält unter der reichlichen Fülle des Gebotenen wiederum allerlei Dinge, die des Kaufens, zumindest aber des Ansehens wert sind.

Oder soll man etwa kunstseidene Frauenkleider für noch nicht 2 Mark, Wollkleider, deren Preis noch nicht einen Taler erreicht, und gar einen Frauenmantel für zwei und eine halbe Mark als teuer bezeichnen. Die großen Kaufhäuser überbieten einander im „Unterbieten", so gibt es in Neukölln sogar einen Wintermantel mit Pelzkragen für ganze vier Mark. Als sich da am gestrigen Tage die Pforten öffneten, ergoß sich naturgemäß die Hochflut der ersten Käuferpartie in das Mäntellager und wer 4 Mark aufbringen konnte, der ging, nach heißem Eroberungskampf, mit einem Wintermantel angetan nach Hause. Wer auf sehr kleinem, oder ganz großem Fuße lebt, kann die schönsten Modellschuhe kriegen und die Hutpyramiden bergen Kappen und Mützen, deren Preis sich zwischen einer Viertel- bis einer ganzen Mark bewegt. Was angestaubt oder sonstwie leicht blessiert ist — hauptsächlich Wäschestücke —, wird ganz, ganz billig verschleudert. Woll- und Wirkwaren, Strümpfe und Handschuhe, alles ist bis zum Aeußersten heruntergezeichnet. Das Hauptinteresse gilt auch wieder diesen Lagern; warme Unterkleidung, billige Stoffe, möglichst Reste, die noch einen extra niedrigen Restpreis haben, sind stark gefragt.

Jüngere Verkäuferinnen konnten verhältnismäßig gut untergebracht werden. Für alles, was über 25 Jahre ist, gibt es leider auch jetzt keine Arbeit. Ebenso sitzen Verkäufer ohne Beschäftigung da, denn die Herrenkonfektion liegt beispielsweise ganz danieder und wird auch durch die Inventur nicht wieder belebt. Ebenso ergeht es dem gesamten Kontorpersonal. Die Inventurbeschäftigung ist aber auch für die wenigen Glücklichen, die Arbeit bekamen, eine bange Freude. Da wird mit täglicher Kündigung engagiert und nach ein, zwei flauen Tagen ist es gewöhnlich aus.

Auf dem Arbeitsmarkt der Hersteller, der billigen Schlager, in der Wäsche- und Kleiderbranche, gab es im Dezember so eine leichte Belebung. Vor allem waren es die Heimarbeiterinnen, die vom Zwischenmeister etwas Arbeit erhielten. Ueber die Entlohnung soll man allerdings lieber nicht sprechen; wenn die Tätigkeit der Näherinnen schon unter normalen Umständen mehr als kümmerlich bezahlt wird, so ist naturgemäß die Bezahlung für billigste Artikel noch weit niedriger.

Die Vier mit der schwarzen Maske

Gefängnis für versuchten Raub — Das Geld für die Räder

Wieder steht ein Quartett junger Burschen vor der Strafkammer. Wieder handelt es sich um einen Raubüberfall. Und wieder steht man vor der Tatsache: wie groß ist doch der Gegensatz zwischen der Gemeingefährlichkeit der Tat und der Vorstellung der jungen Leute von der Gefährlichkeit ihres Tuns — für sich und ihre Mitmenschen. In ihrem Innern scheinen die notwendigen Hemmungen gar nicht aufgekommen zu sein, sie haben es hundertmal in Kitschheften gelesen, in Filmen gesehen. Aber gerade aus diesem Grunde sagt das Gericht: die Strafe soll hier eine abschreckende Wirkung haben.

Von den vier Burschen — alle sind sie um achtzehn Jhare herum — hatten drei keine Mutter oder Vater mehr. Alle vier hatten gut gelernt, hatten gearbeitet, verfügten über einen guten Leumund und bezogen als arbeitslose Minderjährige nur ganz geringe Unterstützungen von 3,50 Mk. die Woche. Nur einer erhielt 9,50 Mk., die ganze Summe wurde zu Hause abgegeben. Man hatte das Leben mit der Wohlfahrtsunterstützung satt, man dachte an Wanderschaft und brauchte dazu Räder. Es mußte Geld herbeigeschafft werden.

Der 18jährige R. — sein Vater war einst ein vermögender Mann — gab den Tip. Er hatte früher in einer Werkzeugfabrik gearbeitet, er wußte, daß der Buchhalter jeden Freitag von der Bank die etwa 15 000 Mk. Lohngelder holt. Man überlegte, wie man zu dem Geld kommen könnte, man besorgte sich vorerst mal schwarze Masken. Zum Gelingen des Unternehmens fehlte ein Auto, und ein Chauffeur, der es nach gelungener Tat mit Blitzesschnelle vom Tatort durch die Straßen führen konnte. Da erinnerte man sich des 17jährigen Sch., eines Motorradrennfahrers, der bereits mehr als einen Preis auf der Avus und sonstwo für meisterhaftes, ja tollkühnes Rennen eingeheimst hatte. Sch. holte mit einem der Komplicen vom Viehhof einen Mercedeswagen, man fuhr zur Siegfriedstraße, nahm in der Nähe der Fabrik Aufstellung, zwei von den Burschen versteckten sich hinter den Bäumen. Der ahnungslose junge Buchhalter erhielt von einem der beiden einen Schlag gegen die Schläfe, der andere versuchte die Aktentasche mit dem Geld zu entreißen. Der Ueberfallene schrie um Hilfe, bekam noch einen Schlag, die Lehrlinge aus der Fabrik eilten herbei, die Burschen flüchteten, stürzten ins Auto und weg waren sie. Zwei Monate später, im September, wurden alle Vier verhaftet.

Die vier unbestraften Burschen hatten nichts von Räubern an sich. Sie machten nicht gerade einen schlechten Eindruck, bereuten ihre Tat, baten um ein mildes Urteil und um Bewährungsfrist. Sie erhielten Strafen von 1 Jahr fünf Monaten und 1 Jahr sieben Monaten Gefängnis; eine Bewährungsfrist wurde abgelehnt. In der Urteilsbegründung sagte Landgerichtsdirektor Dr. Friedmann: Die Abschreckung muß angesichts der Ueberhandnahme von Ueberfällen in den Vordergrund treten.

Krach in Pankow

Bürgermeister gegen Stadtrat

In Pankow ist jetzt ein seit einigen Wochen schwelender Konflikt zwischen dem früher deutschnationalen Bezirksbürgermeister Dr. Meißner und dem Vorsitzenden der deutschnationalen Fraktion und gleichzeitigen unbesoldeten Stadtrat Otto Faust akut geworden. Faust wird vorgeworfen, daß er, entgegen dreimaliger Verwarnung durch den Bürgermeister, einen Angestellten für sein Dezernat mit einem Gehalt engagiert hat, das beträchtlich höher ist, als es im Etat des Bezirks vorgesehen ist. Vor einiger Zeit ist Dr. Meißner aus der Deutschnationalen Partei ausgetreten und hat nunmehr gegen Herrn Faust ein Disziplinarverfahren beantragt. Außerdem soll gegen Faust eine Regreßklage anhängig gemacht werden.

Die Räume des Generalkonsulats der Polnischen Republik bleiben am 6. Januar d. J. geschlossen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3. stets an das Bezirkssekretariat: 1. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

6. **Kreis.** Donnerstag, 5. Januar, erweiterter Kreisvorstand bei Krüger, Grimmstr. 1.

11. **Kreis.** Donnerstag, 5. Januar, 16 Uhr, Zusammenkunft erwerbsloser Parteimitglieder bei Will, Martin-Luther-Str. 69. Ein Querschnitt durch die Zeitliteratur. Referent: Dr. Walter Groß.

14. **Kreis Neukölln.** Achtung! Montag, 9. Januar, Rathaus, Zimmer 137, Sitzung der Bezirksverordnetenfraktion mit engerem Kreisvorstand und Abteilungsleitern. Vortrag des Genossen Stadtrat Heuer über: „Die Neugestaltung Groß-Berlins".

16. **Kreis.** Mittwoch, 4. Januar, 20 Uhr, Zusammenkunft aller Obleute und Helfer der Zeitungskommission, Köpenick, Schloßstr. 27.

17. **Kreis.** Der Kursus des Genossen J. P. Mayer: „Revolution und Gegenrevolution" findet am 5. und 12. Januar, 20 Uhr, in der Bibliothek Weidenstr. 28 statt.

20. **Kreis.** Donnerstag, 5. Januar, Erwerbslosenzusammenkünfte an folgenden Stellen: Reinickendorf-Ost 15 Uhr Schule Hoppestraße. Referent: Kurt Bieling. Reinickendorf-West 15 Uhr im Volkshaus, Scharnweberstr. 114. Vortragende: Genossin Schinz. Wittenau um 18 Uhr Jugendheim Neue Schule. Referent: Wilhelm Tietgens. Tegel um 15 Uhr Jugendheim Schönenberger Straße 3. Vortragender: Hans Fuhrmann.

3. **Abt.** Freitag, 6. Januar, wichtige Funktionärsitzung im Saal 3 des Gewerkschaftshauses.

4. **Abt.** Donnerstag, 5. Januar, 20 Uhr, Funktionärsitzung. Stellungnahme zum Reichs- und Bezirksparteitag und Abteilungsleiterwahl.

6. **Abt.** Unserer alten Genossin Anna Körner zu ihrem 83. Geburtstage und 35jährigem Parteijubiläum die herzlichsten Glückwünsche aller Parteimitglieder.

30. **Abt.** Heute Bunter Abend der jüngeren Parteimitglieder bei Pohst, Lychener Ecke Stargarder Straße. Kabarett.

31. **Abt.** Donnerstag, 5. Januar, 20 Uhr, Funktionärsitzung bei Goldschmidt. Abteilungsleitung eine halbe Stunde früher.

32. **Abt.** Donnerstag, 5. Januar, Funktionärsitzung bei Valentin, Krautstr. 36.

34. **Abt.** Heute, 19 Uhr, Funktionärsitzung bei Neumann, Gubener Str. 44.

52. **Abt.** Heute, 20 Uhr, Ausspracheabend der jüngeren Parteimitglieder bei Bolter, Kaiserin-Augusta-Allee 52.

79. **Abt.** Freitag, 6. Januar, 20 Uhr, Funktionärversammlung bei Reimann, Schönhir. 17.

81. **Abt.** Donnerstag, 5. Januar, 20 Uhr, Zusammenkunft jüngerer Parteimitglieder bei Klabe, Handjerystr. 60—61. Grundlagen des Marxismus. Referent: Genosse Gurewitsch. Freitag, 6. Januar, Funktionärversammlung bei Rosenau, Barnimer Ecke Laudaher Straße (20 Uhr).

91. **Abt.** Wegen der Trauerfeier des Genossen Bernstein findet unsere Funktionärsitzung Donnerstag, 5. Januar, im Lokal Wißmannstr. 10 statt.

92. **Abt.** Wir besuchen heute, 20 Uhr, die Jüngerengruppe der 90. Abt. bei Pöpel, Weiser- Ecke Fuldastraße.

93. **Abt.** Freitag, 6. Januar, 19 Uhr, Vorstandssitzung; 20 Uhr Funktionärsitzung bei Schumann, Treptower Str. 90.

96. **Abt.** Donnerstag, 5. Januar, Funktionärsitzung bei Lohann, Wipperstraße 18—19.

99. **Abt.** Donnerstag, 5. Januar, Uebungsabend der Agitgruppe. Freitag, 6. Januar, Funktionärversammlung im Sitzungsraum Hannemannstr. 45.

117. **Abt.** Donnerstag, 5. Januar, 19 Uhr, Funktionärsitzung bei Siewert.

124. **Abt.** Donnerstag, 5. Januar, 15 Uhr, an bekannter Stelle Zusammenkunft erwerbsloser Parteimitglieder. Referent: Hans Marx.

127. **Abt. Bezirk Weiße Taube.** Donnerstag, 5. Januar, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Rukti. Reichsparteitag. Referent: Hans Lehnert.

128. **Abt.** Donnerstag, 5. Januar, Funktionärsitzung im Mühleneck.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Friedrichshain. Heute, 18 Uhr, Volkstanzabend für Jung- und Rote Falken Litauer Str. 18. Abt. Stralauer Viertel. Heute Lichtbildervortrag: Hamburg. Unkosten 10 Pf. Interessierte Parteigenossen herzlichst willkommen.

Kreuzberg. Abt. Süden. Heute gehen wir zum Basteln ins Heim Wasserthorstr. 4, zum Singen ins Heim Urbanstr. 167. Montag, 9. Januar, Mitgliederversammlung Dieffenbachstr. 60.

Neukölln. Freitag, 6. Januar, findet unsere außerordentliche Generalversammlung statt um 20 Uhr im Kreisheim. Für diesen Termin müssen die Helferausweise und Jugendherbergsausweise abgegeben werden.

Reinickendorf. 20. Kreis. Wir treffen uns bei Frostwetter täglich zum Schlittschuhlaufen am Steinberggelände, zwischen Wittenau und Freie Schule. Gegen Faltenausweis Eintritt 3 Pf. Montag, 9. Januar, Helfersitzung im Jugendheim Wittenau. Alle Gruppenberichte müssen noch in dieser Woche an den Kreisleiter gelangen. Desgleichen die Helferausweise und Lichtbilder.

Frauenveranstaltungen:

123. **Abt.** Donnerstag, 5. Januar, 20 Uhr, bei Hübner, Wilhelm- Ecke Bahnhofstraße. Kampfjahr 1933 und die Aufgaben der Frauen. Referent: Paul Bernstein.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

9. **Abt.** Am 1. Januar verstarb nach langem schwerem Leiden unsere langjährige Genossin Katharina Ramsemer, Lehrter Str. 52. Ehre ihrem Andenken. Die Einäscherungsfeier findet am Freitag, dem 6. Januar, 16½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. Wir erwarten rege Beteiligung.

119. **Abt.** Unser Genosse Richard Beckmann, Vorsitzender der Betriebsfraktion der Heil- u. Pflegeanstalt Herzberge, ist im blühenden Alter von 48 Jahren verstorben. Ehre seinem Andenken. Die Einäscherung findet am Freitag, dem 6. Januar, 15 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt. Um rege Beteiligung bitten die Vorstände der 119. Abt. und der Betriebsfraktion.

SAJ Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, vorn 1 Treppe rechts

Abteilungs-Jahreshauptmitgliederversammlungen: Heute, Mittwoch, 4. Januar, 20 Uhr:

Bellenplatz: Tilsiter Str. 4—5. — **Petersburger Viertel:** Ebertstr. 12. — **Warschauer Viertel:** Litauer Str. 18. — **Warschauer Viertel** (R.-F.): Litauer Straße 18. — **Spandau:** Lindenufer 1. — **Bohnsdorf und Falkenberg:** Wachtelstraße 1. — **Friedrichshagen:** Friedrichstr. 87. — **Lichtenberg-Mitte:** Scharnweberstr. 22. — **Neu-Lichtenberg:** Gunterstr. 44. — **Reinickendorf-West:** Seidelstraße 1.

Moabit I: Waldenserstr. 20. Funktionärversammlung. — **Andreasplatz** I: Brommystr. 1. Heimabend. — **Frankfurter Viertel:** Frankfurter Allee 307, Lichtbilder: Das alte und das neue China. — **Wannsee:** Restaurant Lindenhof. Lustiger Monatsanfang. — **Adlershof:** Bismarckstr. 1. Volkstanzabend. — **Lichtenberg-Nord:** Gunterstr. 44. Heimabend. — **Mahlsdorf:** Melanchthonstr. 65. Urteile über den Film.

Werbebezirk Neukölln: Erwerbslosenzusammenkunft ab 15 Uhr Kanner Straße, Sprechstunde 19½ Uhr Ganghoferstraße.

Werbebezirk Wedding: Achtung, Gruppenvorsitzende! Am Sonntag, dem 8. Januar, Werbebezirksvorsitzendenkonferenz um 10 Uhr Schönstedtstr. 1. Die Berichtsbogen für das 4. Quartal sind sofort bei dem Genossen Willi Genz abzugeben.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, 19½ Uhr, sagen die Gruppen: **Südwesten:** Jugendheim Potsdamerstraße 11 (Fabrikgebäude). Heimbesprechung. Verbandsbuchkontrolle. — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15 (Gartenhaus). Gruppenabend fällt aus. — **Spandau-Neustadt:** Jugendheim Lindenufer 1. Heimbesprechung. — **Nordring:** Jugendheim Sonnenburger Str. 20. Heimbesprechung. — **Weißensee:** Jugendheim Weißensee, Caselor Str. 2. Heimbesprechung. Verbandsbuch und Heimausweis sind mitzubringen. — **Arnswalder Platz:** Jugendheim Schönlanker Str. 11, Barack 6, rechter Eingang. Heimbesprechung. — **Neukölln:** Jugendheim Bergstr. 29 (Hof). Heimbesprechung. Heimausweis und Verbandsbuch mitbringen. — **Flughafen:** Jugendheim Flughafenstr. 68 (U-Bahn Boddinstraße). Heimbesprechung. Mit neuem Mut ins neue Jahr. — **Humboldthain:** Jugendheim Pankbuscher Str. 22. Heimbesprechung. Jahresrückblick. — **Baumschulenweg:** Jugendheim Baumschulenweg, Ernststr. 14. Jahresheimbesprechung. — **Charlottenburg:** Jugendheim Wallstr. 76, Zimmer 1. Heimbesprechung. — **Staaken:** Jugendheim der 17. Volksschule, Gartenstadt, Kinchplatz, Omnibushaltestelle 31. Heimbesprechung. — **Jugendgruppe des Gesamtverbandes:** Jugendheim Engelufer 24—25. Gesamtveranstaltung: 1. Bericht über die Tagung des Verbandsbeirats. 2. Aussprache.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: **Schöneberg-Vorstadt:** Jugendheim der Schule Kastanienallee 81. Vortrag: Führer der internationalen Arbeiterbewegung: Marx und Engels. Referent: Nachom. — **Nordost** I: Jugendheim Danziger Str. 62 (Baracke 3). Im neuen Jahr neuer Kampf. (Unsere Altiogruppenführer haben das Wort.) — **Reinickendorf:** Jugendheim Lindauer Str. 2 (Baracke). Bunter Abend. — **Köpenick:** Jugendheim Dahlwitzer Str. 13 (Gaststätte am Bahnhof Köpenick). Das Programm wird auf der Veranstaltung bekanntgegeben. — **Neukölln:** Jugendheim Böhmische Str. 1—4, Ecke Kanner Straße. Taktik und Ideologie der Gewerkschaftsbewegung. — **Südost:** Jugendheim Manteuffelstr. 7. Ein bunter Jahresanfang. — **Charlottenburg:** Jugendheim Spielhagenstr. 4. Das Programm wird auf der Veranstaltung bekanntgegeben. — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. Mitgliederversammlung. — **Potsdam-Nowawes:** Jugendherberge Nowawes. Arbeitsabend unserer Uebungsfirma. — Die **Versicherungsgesellschaft „Sorgenfrei" A.-G.** sagt heute von 17 bis 19 Uhr im Verbandshaus, Hedemannstr. 12.

SPD.-Funktionäre bei den Städtischen Gaswerken. Donnerstag, 5. Januar, 19 Uhr, im Hackeschen Hof, Rosenthaler Str. 40—41 (kleiner Saal), Versammlung.

SPD.-Elfa-Arbeiter, Staaken. Freitag, 6. Januar, 20 Uhr, bei Wittschuß, Petersburger Str. 3, Fraktionssitzung.

Betriebsfraktion der SPD. im Bezirksamt Kreuzberg. Unsere Jahreshauptversammlung findet am Donnerstag, dem 5. Januar, 20 Uhr, im Lokal von Ewald, Stalliger Str. 136, statt. Tagesordnung: 1. a) Die Verwaltungsreform Groß-Berlins. Referent: Genosse Stadtverordneter Robinson. b) Jahresbericht. Referent: Genosse Dr. Schloß. c) Kassenbericht. Referent: Genosse Kutschke. Mit anschließender Aussprache. 2. Neuwahl der Obleute und des Vorstandes. 3. Mitteilungen. 4. Verschiedenes. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht. Mitgliedsbuch legitimiert.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.

Weißensee (Jungbo). Donnerstag, 5. Januar, Turnabend in der bekannten Turnhalle. — **Baukow** (Ortsverein). Zu der bevorstehenden Generalversammlung machen wir alle Mitglieder nochmals auf Zahlung ihres Beitrages aufmerksam. — Die fälligen Kameradschaftssitzungen für Januar fallen aus. — **Kameradschaft Wittenau.** Mittwoch, 4. Januar, 20 Uhr, Generalversammlung im Lokal A. Schulze, Wittenau, Hauptstr. 56. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Kassierers. 2. Entlastung des Kassierers und Vorstandes. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes. Alle aktiven und passiven Kameraden müssen erscheinen. — **Treptow.** Donnerstag, 5. Januar, Generalversammlung in Baumschulenweg, Ernststr. 16 (Jugendheim). Tagesordnung: Neuwahl. Beginn 20 Uhr. Erscheinen in Uniform. — **Weißensee.** Donnerstag, 5. Januar, 20 Uhr, in der bekannten Turnhalle.

Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands. Am Mittwoch, dem 4. Januar, finden nachstehende Versammlungen statt, zu denen Gäste eingeführt werden können: Gruppe Wedding II: 18 Uhr im Lokal Dietrich, Swinemünder Str. 36, Ecke Demminer Straße. — Gruppe Mitte I: 16 Uhr im Metallarbeitervereinshaus, Elsässer Str. 88. Alle Versicherungsmarken sind freundlich eingeladen.

Arbeiter-Stenographen-Verein Groß-Berlin, im Arbeiter-Stenographen-Verband für das deutsche Sprachgebiet. Neue Anfängerkurse in Reichskurzschrift beginnen: Nordosten: Senefelderstr. 8. Dienstag, 17. Januar. Norden: Schulstraße 99. 17. Januar. Südwesten: Gneisenaustr. 7. 17. Januar. Südosten: Reichenberger Str. 67. Donnerstag, 19. Januar. Osten: Sitauer Str. 18. 19. Januar. Schöneberg: Feurigstr. 57. Dienstag, 17. Januar. Neukölln: Kaiser-Friedrich-Str. 209. 17. Januar. Lichtenberg: Holteistr. 7—8. Donnerstag, 19. Januar. Charlottenburg: Oranienstr. 13—15. Freitag, 20. Januar. Alle Kurse beginnen um 19½ Uhr. Das Kursusgeld einschließlich Lehrmittel beträgt für 16 Doppelstunden für Erwachsene 6 M., Jugendliche 5 M., Erwerbslose 4 M. Weitere Auskunft, auch über Fortbildungs- und Debattekurse erteilt der Vorsitzende: Otto Wenghofer, Velten i. d. Mark, Wilhelmstr. 10a.

Bund deutscher hinterbliebener Krieger e. V., Bezirksgruppe Berlin und der Provinz Brandenburg, Berlin O. 112, Fischerbarmstr. 3, III r. Freitag, 6. Januar, 19 Uhr, Generalversammlung im Vereinslokal bei Herrn E. Brandenburg, Berlin C. 2, Stralauer Str. 3—6.

Longfellow English Debating Club, Bülowstr. 104: Mittwoch, den 4. Januar abends 8¼ Uhr, spricht Count Colonna über: „A Teacher in England". Gäste willkommen.

Vereinfachung bei der Wohlfahrt

Vorstoß der Reaktion in Berlin erfolgreich abgewehrt

Ein Beschluß der letzten Stadtgemeindeausschußsitzung des vergangenen Jahres auf dem Gebiete der Wohlfahrtsorganisation ist bisher weniger beachtet worden, als seiner grundsätzlichen Bedeutung entspricht. Handelte es sich doch dabei um die Abwehr des ersten — allerdings getarnten — reaktionären Vorstoßes gegen das große Werk der Vereinheitlichung des Berliner Wohlfahrtswesens.

Mit einem nicht zu verkennenden Geschick hatten Presse und Parteien der Reaktion das gefühlsmäßige Moment einer besonders individuellen Betreuung der zahlreichen Kleinrentner in den Vordergrund gerückt, während der Angriff einem der Kernpunkte der ganzen Einheitsorganisation, der gleichmäßigen Behandlung aller auf die öffentliche Wohlfahrt Angewiesenen galt. Da das Prinzip der neuen Organisation noch immer nicht genügend bekannt ist, so sei es noch einmal in aller Kürze erläutert.

Wie das gesamte Wohlfahrtswesen eines Verwaltungsbezirks einschließlich der Jugendwohlfahrt in Zukunft unter einem Dezernenten zusammengefaßt wird, so wird auch ein bestimmter kleinerer Ortsbezirk (mit etwa 100 000 Einwohnern) künftig einem Sachbearbeiter zugeteilt. Mit der alphabetischen Aufteilung ist in ganz Berlin endgültig gebrochen, der Sachbearbeiter bleibt durch die regionale Gliederung in ständiger Fühlung mit dem Familienfürsorger und den Vorstehern der Wohlfahrts- und Jugendkommissionen seines Ortsteils. An die Stelle der Gruppenfürsorge ist die Einheitsfürsorge getreten; dadurch werden einmal Zuständigkeitsstreitigkeiten und Doppelbetreuungen ausgeschaltet, sodann wird aber vor allem eine wirkliche Einheitlichkeit der Fürsorge sichergestellt, die sich zwar von Gleichförmigkeit und Schematismus freihalten soll, aber die gleichmäßige Anwendung von Richtlinien und Grundsätzen gewährleistet. Der Beamte erweitert seinen Blick dadurch, daß er nicht dauernd nur mit einer einzigen Gruppe von Hilfsbedürftigen zu tun hat, er vergißt weniger leicht, daß wirkliche Wohlfahrtspflege nicht in mechanischer Bewilligungsarbeit, sondern in individualisierender Fürsorge besteht.

Soziale Gerechtigkeit

Besondere Sprechstunden für Sozial- und Kleinrentner waren bei Bedarf von vornherein vorgesehen. Der Stadtgemeindeausschuß ist noch einen Schritt weiter gegangen und hat beschlossen, daß grundsätzlich getrennte Sprechstunden für die einzelnen Gruppen, insbesondere für gebrechliche und kranke Personen einzurichten sind. Er hat damit dem deutschnationalen Vorstoß gegen das Prinzip überhaupt die Spitze abgebrochen. Denn dieser Vorstoß gebrauchte als Vorwand die Möglichkeit, daß bei dem neuen Verfahren den alten und gebrechlichen Rentnern allzu lange Wartezeiten zugemutet werden könnten. In Wahrheit ging es den Vertretern der Reaktion darum, die Schicht der Kleinrentner aus der gesamten Wohlfahrtspflege herauszuheben, weil man in diesen Kreisen immer noch — ob mit Recht oder Unrecht, bleibe dahingestellt — den Stamm der deutschnationalen und nationalsozialistischen Wählerschaft sieht. Die Kleinrentner sollten wieder von besonderen, nur ihre Fälle bearbeitenden Beamten betreut werden. Und man wollte mit einer solchen unterschiedlichen Behandlung einer bestimmten Gruppe den Kernpunkt der ganzen Reform treffen: den Grundsatz sozialer Gerechtigkeit, die alle Hilfsbedürftigen nach einheitlichen Richtlinien betreut wissen will.

Wir haben in Berlin 19 257 Kleinrentner, daneben aber 72 000 Sozialrentner und 332 000 Wohlfahrtserwerbslose. Die Reaktion wehrt sich dagegen, daß die Kleinrentner auf das „Niveau" der Wohlfahrtserwerbslosen herabgedrückt werden. Aber diese haben —— wie Genosse Rohde im Stadtgemeindeausschuß treffend ausführte — genau denselben Anspruch auf eine individuelle Behandlung und Prüfung ihrer Verhältnisse wie die Kleinrentner, genau denselben Anspruch darauf, gegebenenfalls über den Richtsatz hinaus bedacht zu werden wie jene. Denn wenn die Deutschnationalen immer darauf verweisen, daß die Kleinrentner ohne ihre Schuld auf die Wohlfahrt angewiesen sind — ist das bei den 330 000 Erwerbslosen etwa anders? Eine wirklich soziale Gerechtigkeit verlangt, daß jede Unterschiedlichkeit des Standes und des Herkommens bei der Behandlung von Hilfsbedürftigen beseitigt wird. Von dem Gedanken solcher Gerechtigkeit ist das Reformwerk der Vereinheitlichung der Berliner Wohlfahrtsorganisation getragen, das letzte große Werk, für das unser Genosse Wutzky als Stadtrat verantwortlich gezeichnet hat. Es ist erfreulich, daß es dem energischen Abwehrwillen der Sozialdemokratie gelungen ist, den reaktionären Vorstoß dagegen zum Scheitern zu bringen.

Das Goethe-Filmmanuskript

Eine anspruchsvolle Dame

Mit einem nicht alltäglichen Prozeß, bei dem es sich um einen Streitwert von 102 000 M. handelte, hatte sich das Arbeitsgericht zu befassen. Eine Berliner Schriftstellerin Fräulein Landsberger hatte den Schauspieler Eduard v. Winterstein auf sofortige Zahlung von 12 000 M. und ferner auf eine monatliche Rente bis zu ihrem Lebensende in Höhe von 600 M. verklagt.

Ursache dieses Streites war letzten Endes Goethe, denn die Klägerin hatte anläßlich des Goethe-Jahres ein Filmmanuskript für einen Goethe-Film verfaßt. Sie wandte sich damit an Eduard v. Winterstein, der sich für sie bei der Ufa einsetzen wollte. Obwohl er ihr sofort bedeutete, daß das Manuskript wenig Aussicht auf Annahme habe, erklärte sich der Schauspieler nach langem Reden und Bitten der Schriftstellerin bereit, daß Drehbuch anzunehmen, um es einmal durchzulesen. Später schickte Eduard v. Winterstein der Klägerin das Manuskript zurück, ohne sich weiter um die Angelegenheit zu kümmern. Als Dank für seine Mühe stellte die Schriftstellerin Eduard v. Winterstein gegenüber plötzlich Geldforderungen auf und behauptete, daß er sie bei den „Verhandlungen" als seine künstlerische Mitarbeiterin engagiert habe und daß sie deshalb die Zahlung verlangen könne. Außerdem sei ihr durch das lange Hinauszögern der Lektüre ihres Manuskripts ein großer Schaden entstanden, so daß sie insgesamt ihre Forderungen auf fast 20 000 M. und eine lebenslängliche Rente bezifferte.

Das Arbeitsgericht konnte sich jedoch davon überzeugen, daß das viel umstrittene Goethe-Filmmanuskript nichts weiter als ein ziemlich unbrauchbares Exposé darstellte, das in dieser Form niemals drehreif war. Außerdem hielt das Gericht allein auf Grund der Aussagen der Klägerin ihre Ansprüche für völlig unbegründet, so daß ihre Klage rundweg abgewiesen wurde. Die Klägerin, die, wie sie selbst zugab, auf diese Weise endlich einmal zu einem festen Gehalt zu kommen hoffte, muß nun obendrein noch die Kosten zahlen, die angesichts des hohen Streitwertes von über 100 000 M. auf 500 M. festgesetzt wurden.

Tragödie eines Haltlosen

Vom Lehrer zum Dieb

Ein haltloser, willensschwacher Mensch eignet sich nicht zu einem Lehrer. Wie soll er Kinder erziehen, wenn er mit sich selbst nicht fertig wird? Und was soll man zu einem Lehrer sagen, der nachts die Schule bestiehlt, um tagsüber die Kinder aus derselben Schule zu unterrichten?

Wie es mit dem Lehrer A. soweit kommen konnte und wie es in ihm aussah, erfuhr man aus seiner Lebensschilderung vor dem Schöffengericht Schöneberg, wo er sich wegen fortgesetzten Diebstahls zu verantworten hatte. Den Grund zu seiner späteren Entgleisung mag seine Erziehung gelegt haben. Die Eltern hatten Großes mit ihm vor. Um ihnen und sich selbst sein Können zu beweisen, spannte er seine Kräfte über das ihm gegebene Maß an. Er wurde Volksschullehrer und Handelslehrer zugleich, war strebsam, fleißig und schien auf bestem Wege.

Als aber das Leben ihn auf eine ernste Probe stellte, versagte er. Er lernte ein Mädchen kennen und wollte sie heiraten. Sie war Protestantin, seine Eltern Katholiken; sie setzten als Katholiken der Heirat mit einer Protestantin ihr starres Nein entgegen. Er machte einen Selbstmordversuch, blieb aber am Leben. Dann fuhr er zu seinen Schwiegereltern und verlobte sich; darauf verboten seine unduldsamen Eltern ihm das Haus. Das war der zweite Schlag. Unmittelbar danach folgte der dritte. Die versprochene Mitgift blieb aus. Die jungen Eheleute waren ohne Wohnungseinrichtung. Ein vierter Schlag kam hinzu: die junge Frau erkrankte unmittelbar nach der Ehe. Die Arztrechnung konnte nicht bezahlt werden. Der Mann machte Schulden und die Verhältnisse wuchsen ihm über den Kopf. Die junge Frau jedoch hatte sich die Ehe anders vorgestellt und kehrte zu ihren Eltern zurück. A. war wieder allein und kehrte nun als reuiger Sünder ins Haus der Eltern zurück, die darüber nicht sehr erbaut waren. Sein Lehrergehalt war auf lange Zeit hinaus gepfändet. A. war auch nicht mehr derselbe wie früher. Er begann zu trinken, besuchte die Rennbahn und hoffte durch glückliche Wetten seiner materiellen Bedrängnis ein Ende machen zu können. Das Gegenteil trat ein. Er fühlte sich zu Hause nicht wohl und schlief eine Zeitlang in der Schule. Und brauchte Geld. So begannen seine Diebstähle. Er stahl fünf Schreibmaschinen, Bestecke usw.

Als ihm die Ausweglosigkeit seiner Lage klar wurde, entwendete er aus dem Aerztezimmer Gift und versuchte, sich zum zweitenmal das Leben zu nehmen. Es mißlang wie das erstemal. Dann stahl er dem Schuldiener das Rad und fuhr nach Kremmen; dort blieb er acht Tage. Als gegen ihn der Verdacht aufkam, einen Gast bestohlen zu haben, warf er sich ins Wasser und wurde gerettet. Nun stand er vor Gericht.

Das Urteil gegen ihn lautete sechs Monate Gefängnis. Der Haftbefehl wurde aufgehoben. Was beginnt nun dieser willens- und haltlose 39jährige Mensch?

Verhungernde Zirkustiere

Wie schon durch den Rundfunk bekannt wurde, ist der Zirkus Conrado, der zur Zeit an der Brandenburger Straße (Tennishallen) ein Gastspiel absolviert, in allergrößte Not geraten. 100 Tiere standen tatsächlich vor dem Verhungern. Unter Leitung des Tierschutzvereins hat jetzt eine Hilfsaktion eingesetzt. Die Berliner erweisen sich als sehr gebefreudig; denn in ihrem gesunden Menschenverstand sagen sie sich: „Wenn hundert Tiere verhungern, wird dadurch noch kein Mensch satt." Doch muß die Hilfe, damit auch nicht ein Pfennig verschleudert wird, überlegt durchgeführt werden; nützt es doch nichts, wenn jetzt pfundweise Zucker nach dem Zirkus geschleppt wird oder verschimmeltes Brot und verdorbene Konserven haufenweise zur Ablieferung kommen. Wer heute noch in der Lage ist, geben zu können und wer den Zirkustieren helfen will, kann darum eine Geldspende auf das Postscheckkonto Berlin 13293 des Tierschutzvereins zu Berlin W 9, Potsdamer Str. 125, einzahlen. Diese Spende müßte den Vermerk tragen „Für den Zirkus Conrado".

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Mild, teils stark bewölkt, zeitweilig etwas Regen. Mäßige bis frische südwestliche Winde. — In Deutschland: Im Osten Milderung, im ganzen übrigen Reiche stark wolkiges, weiterhin mildes Wetter; vielfach leichte Niederschläge.

Die Verbilligungsaktion

Fleisch und Brennstoff

Im Rahmen der Winterhilfe stellt die Reichsregierung Mittel zur Verfügung, durch die der hilfsbedürftigen Bevölkerung für die Monate Januar, Februar, März der Bezug von frischem Rind- oder Schweinefleisch und anderen Lebensmitteln sowie von Brennstoff zu einem verbilligten Preise ermöglicht werden soll. Für die Durchführung der Maßnahmen gelten folgende Bestimmungen:

Berechtigt für den Bezug des Verbilligungsscheines sind alle Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung. Die Empfänger von Kurzarbeiterunterstützung können dagegen wie bisher an der Verbilligung nicht teilnehmen. Die Verbilligung erfolgt auf Grund eines von der Reichsregierung herausgegebenen Verbilligungsscheines, der nicht übertragbar ist.

Die Verbilligung wird gewährt für frisches Rind- oder Schweinfleisch einschl. Rückenfett und Liesen (Flomen) sowie für frische Wurstwaren von Rind und Schwein. Jeder Berechtigte kann monatlich 4 Pfund verbilligten Fleisches oder verbilligter Wurstwaren erhalten. Je einmal im Monat können an Stelle eines Pfundes frischen Fleisches oder frischer Wurstwaren wahlweise bezogen werden: 1 Pfund Schweineschmalz oder mindestens 2 Pfund frischer Seefisch oder 1 Roggenbrot im Gewicht von mindestens 2½ Pfund.

Hauptunterstützungsempfänger mit drei Zuschlagsempfängern, die im gemeinsamen Haushalt leben, können zwei Scheine erhalten, wenn von den Zuschlagsempfängern mindestens zwei über 16 Jahre alt sind.

Der in den nächsten Tagen zur Ausgabe gelangende erste Verbilligungsschein (Reichsbezugsschein) enthält 4 Abschnitte, die sämtlich für den ganzen Monat Januar 1933 gültig sind. Die zur Ausgabe gelangenden Verbilligungsscheine sind auf rosa Wasserzeichenpapier gedruckt. Für Hauptunterstützungsempfänger mit vier und mehr Zuschlagsempfängern, die im gemeinsamen Haushalt leben, wird als zweiter Verbilligungsschein ein besonderer Schein mit der Bezeichnung: „Für Kinderreiche" ausgegeben, der auf weißem Wasserzeichenpapier gedruckt ist. Der Schein läßt in seinem Aufdruck erkennen, daß auf diesen Schein wahlweise auch Milch bezogen werden kann.

Bei der Verbilligungsaktion für Brennstoff kann jeder Berechtigte monatlich zwei Zentner verbilligte Kohlen (Steinkohlen, Braunkohlenbriketts, Koks) erhalten. Für den Monat Januar wird ein Verbilligungsschein mit zwei Abschnitten für je einen Zentner ausgegeben. Beide Abschnitte sind während des ganzen Monats Januar 1933 gültig. Die zur Ausgabe gelangenden Verbilligungsscheine für Brennstoff sind auf grünem Wasserzeichenpapier gedruckt.

Die Ausgabe des Verbilligungsscheines für Lebensmittel und Brennstoffe erfolgt für die Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge durch die Arbeitsämter, für die von der öffentlichen Fürsorge laufend unterstützten Personen (auch für die Wohlfahrtserwerbslosen) und für die Empfänger von Zusatzrente durch die Fürsorgeverbände.

Die Ausgabe der Verbilligungsscheine hat in der Zeit vom Montag, dem 2. Januar 1933, bis Sonnabend, dem 7. Januar 1933, zu erfolgen.

Gefährlicher Kellerbrand

Im Keller des Wohnhauses Borstellstr. 52 in Steglitz brach gestern abend ein gefährlicher Brand aus. Die alarmierte Feuerwehr konnte nur schrittweise in den völlig verqualmten Keller vordringen. Es mußten eine Reihe von Sauerstoffgeräten eingesetzt werden. Die Flammen fanden an den Kellerverschlägen und Gerümpel reiche Nahrung. Mit vier Schlauchleitungen wurden die Flammen niedergekämpft.

Verkäufe

Kochherde jeder Art u. Größe Riesenauswahl. Teilzahlung, transportable Kachelöfen, Badewannen-Öfen, Kesselöfen. Die alte Firma Semmler und Blenberg. Dresdenerstraße 99. Jannowitz F 7 6651.

Linoleum Billigst. Kolonistraße 9.

Kleidungsstücke, Wäsche usw.

Leihhaus Lowick verkauft zu unglaublich billigen Preisen wenig getragene sowie neue Herrengarderobe, Herren- u. Damenpelze. Weitester Weg lohnt. Keine Lombardware. Prinzenstraße 105, eine Treppe

Hosen für Zimmerer und Maurer. Wilhelm Jahr, Brunnenstraße 78.

Möbel

Gebrauchte Möbel werden bei Einkauf von neuen zu hohen Preisen in Zahlung genommen. Kamil, Rosenthalerstraße 43.

Polsterstühle 6,50, Sessel billigst. Stuhlfabrik, Münchebergerstraße 21, am Schlesischen Bahnhof.

Schlafzimmer 150,— bis 850,—. Frisiertoiletten 35,—, Waschkommoden 75,—. Möbelpolsterwerkstätten Möbelgroßlager Kamerling, Kastanienallee 38 (Ecke Fehrbellinerstraße). Kassaverkauf auch Teilzahlung.

Patentmatratzen „Heimische" Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues. Walter Stargarder Straße achtzehn. Spezialgeschäft.

Musikinstrumente

Pianos ab 100,— gebrauchte. Markeninstrumente, neue, große Auswahl. Teilzahlung. Thür, Münzstraße 30.

Prachtpianos, zehnjährige Garantie. 600,—. Gebrauchte 150,—. Monatsraten 15,—. Reparaturen. Stimmungen. Angerhöfers Pianofabrik Große Frankfurterstraße 131. Kirchdurchgang.

Kleinpianos, gute, gebrauchte, ab 150,—. Reparaturen, polieren und modernisieren. Philipp Link, Brunnenstraße 35.

Ihr Schneider

Maßanzug, Maßmantel, ab 80,—. Monatsrate 10,—. Berolina 2387

Reichsmark 70,— der Maßanzug. Monatsrate 10,—. Berolina 3634. Gontardstraße 4 I.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, Zinnmetalle, Silberschmelze, Goldschmelzerei Christionat, Köpenickerstraße 30a (Haltestelle Köpenickerbrücke)

Zahngebißbrücken, Goldbruchabfälle, Platinbruchsachen, Silberschmelzerei Christionat, Köpenickerstr. 30a (Haltestelle Manteuffelstraße).

Vermietungen

Ohne Einschreibegeld vermittelt Wohnungsheim Neue Königstraße achtunddreißig direkt Alexanderplatz.

Wohnungen

Neubauwohnung. Großes Zimmer, Küche, gemeinsames Bad, 33,—, mit Balkon 40,—, 2 Zimmer 55,— Mark. Friedrichsfelde, Delbrückstraße 17.

Mietgesuche

Leerzimmer mit Bad zum 1. 2. gesucht. Offerten unter E. 273 an „Vorwärts", Hauptexpedition, Lindenstraße 3.

einzig

Heute Kindertag

mit Zugaben.

12 000 Einzelpaare, Kinderschuhe, bis zu 75 % herabgesetzt.

2.95

Gr. 27-35

Braun Rindbox mit Plantagen-Kreppgummisohle

Leiser

im Inventur-Verkauf einzig billig

MUNZEN kauft BALL—Berlin

MUNZEN-handlung

Gegr. 1887

Wilhelmstraße 44

Krampf und Entspannung

Weltwirtschaftlicher Rückblick und Ausblick — Von Fritz Naphtali

Das Jahr 1932 war nicht nur für Deutschland, sondern für die gesamte kapitalistische Welt das Jahr des schärfsten Niederganges und der sozial-zerrüttenden Krisenerscheinungen. Unterschiede des Grades bestanden und bestehen selbstverständlich in den Krisenauswirkungen der verschiedenen Länder. Der Art und dem Charakter nach aber erzeugen Kapitalismus, Nachwirkungen des Weltkrieges und die Absperrungsmethoden, mit denen jedes einzelne Land glaubt, sich vor den Einwirkungen der Weltkrise teilweise retten zu können, überall die gleichen zersetzenden Krisenerscheinungen. Weltwirtschaftlich kennzeichnend für den Grad der Erschütterungen und gleichzeitig aber auch für den beginnenden Reinigungsprozeß ist im Jahre 1932 der Zusammenbruch des am stärksten international verflochtenen hochkapitalistischen Trusts,

des Gebildes von Ivar Kreuger

gewesen. Aus dem Zündholzkönig war der moderufte Geldgeber von vielen Staaten geworden. Das Spiel auf den Instrumenten der internationalen Kapitalmärkte schien einen neuen großen Künstler gefunden zu haben. Die kapitalistischen Verwalter großer Teile des Volksvermögens schenkten dem Mann und seinem Werk ein nahezu unbegrenztes Vertrauen. Dann kam der Krisensturm. Der große „Weltwirtschaftsführer" fiel ihm zum Opfer, das kapitalistische Hochhaus entpuppte sich als ein Kartenhaus, der Prophet als ein Schwindler. Was man in nationalem Maßstab viele Male erlebt hatte, spielte sich auf dem Höhepunkt der Krise im internationalen Rahmen ab.

Hinter der Entschleierung der angebeteten Person zeigte sich die Führungslosigkeit des kapitalistischen Systems, die den Widerspruch zwischen der gesteigerten technischen Produktionsmöglichkeit und der Verelendung der Massen immer schärfer hervortreten läßt.

Vom Standpunkt der Ueberwindung der Krise aus gesehen, bedeutete aber die Liquidierung des Kreugerschen Schwindelgebäudes auch Entspannung. So groß aber die symptomatische Bedeutung des Kreugerkrachs für die Entspannung gewesen ist, einen weit wichtigeren Faktor in dieser Richtung stellte der Beginn der großen

Neuordnung der internationalen Kriegsverschuldung

dar. Aus dem Provisorium des Hoover-Feierjahres von 1931 versuchte das Abkommen von Lausanne, ein Definitivum für den Abbau der deutschen Reparationslasten zu schaffen. Noch ist das Abkommen von Lausanne nicht ratifiziert, noch sind die innerlich mit ihm verknüpften Verhandlungen über die Neuordnung der interalliierten Schulden an die Vereinigten Staaten über das erste Anfangsstadium nicht hinausgekommen. Verhandlungen und Kämpfe um diese Bereinigung der finanziellen Kriegsnachwirkungen, die sich als unerträgliche Störungsfaktoren der Weltwirtschaft erwiesen haben, werden noch die nächste Zukunft belasten. Aber trotz alledem wird man auf diesem Gebiet den politischen Durchbruch des Jahres 1932 als einen wesentlichen Schritt der Bereinigung zu werten haben.

Während wir auf dem Gebiete der Kriegsschuldenpolitik wenigstens die Tendenz zur Entspannung klar vor uns sehen, müssen wir leider feststellen, daß auf den sonstigen Gebieten der politischen Einwirkung auf den internationalen Wirtschaftsverkehr das Jahr 1932 die Verkrampfung weiter verschlimmert hat. In allen Ländern streben mächtige Interessentengruppen der Landwirtschaft und der Industrie danach, die Staatsmacht zu benutzen, um durch

neue handelspolitische Absperrungen

zu versuchen, einen Teil des Krisendrucks von sich fern zu halten. Die hochprotektionistische Tendenz hat dabei im allgemeinen keinen Wandel erfahren. Es sind nur die Methoden der Absperrung vielfach ausgebaut worden. Zu der alten Form der Erhöhung der Zollmauern ist die neuere der Festsetzung von Einfuhrkontingenten in Frankreich und Deutschland, in den Niederlanden, in der Schweiz und in vielen anderen Ländern hinzugekommen. In den Ländern, die um die Aufrechterhaltung ihrer Währungen mit Regelungen des Devisenverkehrs kämpfen mußten, ist gleichzeitig die Devisenzuteilung zu einem neuen Instrument des Protektionismus geworden. Das weltwirtschaftlich wichtigste Ereignis auf diesem Gebiete ist aber der im Jahre 1932 radikal vollzogene

Uebergang Englands zum Schutzzollsystem.

Wertzölle zwischen 10 und 33⅓ Proz. umgeben heute die einstige Domäne des Freihandels. Durch die Konferenz von Ottawa ist in 12 Handelsverträgen zwischen England und seinen Dominien ein System der gegenseitigen Bevorzugung beim Absatz ihrer wichtigsten Produkte errichtet worden. Das alles zusammen bedeutet statt der für die Krisenüberwindung wichtigen Erleichterungen des internationalen Austausches neue Verkrampfungen, es bedeutet den Zwang zu neuen Umstellungen in den internationalen Handelsbeziehungen, und zwar zu Umstellungen, die nicht auf natürlicher Arbeitsteilung, sondern auf veränderten politischen Bedingungen beruhen.

Auf dem Gebiet der internationalen Kreditbeziehungen sind die Zerreißungen und Störungen, die das Jahr 1931 mit seiner Bankenkrise gebracht hatte, noch nicht überwunden worden. Man darf vielleicht im besonderen vom deutschen Standpunkt auf Grund der mehrfachen Verlängerungen des Stillhalteabkommens für die kurzfristigen Auslandsschulden und auf Grund der Teilrückzahlungen dieser Schulden von einer gewissen Entspannung sprechen. Aber man muß sich auf der anderen Seite darüber im klaren sein, daß wir auch auf diesem Gebiet

von einer wirklichen Bereinigung und Konsolidierung, die den Wiederanschluß an die internationalen Kapitalmärkte eröffnet, noch recht weit entfernt sind.

Das gleiche gilt in noch verstärktem Maße von den zahlungsschwachen Ländern im Osten und Südosten Europas.

Nur in den kapitalstarken Ländern, in den Vereinigten Staaten, Frankreich, England, der Schweiz und den Niederlanden, sehen wir in der scharfen Senkung der Zinssätze für kurzfristige Kredite den Entspannungsprozeß am Kapitalmarkt voranschreiten, der eine Voraussetzung für neue Aufschwungsmöglichkeiten zu sein pflegt. Der Weg zum Ausgleich zwischen kurzfristigen und langfristigen Krediten, vor allen Dingen aber der Weg zum Ausgleich zwischen den Kapitalmärkten der verschiedenen Länder, ist immer noch durch eine Fülle von politischem und wirtschaftlichem Mißtrauen in der Welt versperrt.

Bei dieser widerspruchsvollen Lage der weltwirtschaftlichen Beziehungen und den unendlichen Widersprüchen der von kapitalistischen Gruppeninteressen beherrschten Wirtschaftspolitik der verschiedenen Länder ist es außerordentlich schwer, auf diesem Gebiet einen Ausblick in die Zukunft zu tun. Die Erkenntnis von der Fülle der Fehlschaltungen in den internationalen Beziehungen hat

den Plan einer neuen Weltwirtschaftskonferenz für das Jahr 1933

entstehen lassen. Die Aufgaben, die auf dieser Konferenz zu lösen wären in der Richtung der Wiederherstellung von Währungsstabilität und der Erleichterung des internationalen Güteraustausches und Kapitalverkehrs, sind für die Frage des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs von der größten Bedeutung. Man könnte nur wünschen, daß die Konferenz sich auf diese in der Theorie geklärten, in der praktischen Verwirklichung aber außerordentlich schwierigen Aufgaben konzentrieren würde. Denn wenn sie den besonders in England stark vertretenen Ideen folgt und die Frage einer internationalen Beeinflussung des Preisniveaus durch internationale Notenbankpolitik in den Vordergrund rückt, so ist mit ziemlicher Sicherheit vorauszusehen, daß sie in theoretischen Debatten stecken bleibt ohne den Weg zu praktischer Wirkung zu finden.

Aber auch in dem günstigeren Falle einer Beschränkung der Arbeit auf die bescheideneren Gebiete der Auflockerung der internationalen Verkrampfungen wird man nicht allzuviel von dieser Weltwirtschaftskonferenz erhoffen dürfen.

Die Regierungen der beteiligten Länder sind beherrscht von den kapitalistischen Gruppeninteressen und den aus ihnen entspringenden nationalen Interessengegensätzen. Solange die die Politik beherrschenden Mächte die alten sind, darf man auch von ihrem internationalen Verhandeln nicht mehr als im günstigsten Fall die Korrektur grober Fehler, nicht aber wirklich neue Politik der internationalen Zusammenarbeit erwarten.

So sehen wir insgesamt neben manchen Fortschritten zur Entspannung der weltwirtschaftlichen Lage noch viel Geröll auf dem Wege zu einer Krisenüberwindung vor uns. Die Aufgabe, die Kräfte großzuziehen, die dieses Geröll beiseiteschieben können, und die darüber hinaus dann aus dem wirtschaftlichen Chaos des Weltkapitalismus den Weg zu einer planvollen wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Völker bahnen können, ist der Arbeiterklasse, ist den Parteien der Sozialistischen Internationale in allen Ländern gestellt.

Der Kampf um die politische Macht, der Kampf um den Umbau der Wirtschaft im nationalen Rahmen ist gleichzeitig die erste Etappe auf dem Wege vom Kapitalismus der Weltkrisen zu einer Ordnung der Weltwirtschaft im Geiste der Solidarität der Völker.

Wie lange noch . . .?

Zusammenbrechende Großstädte

Die Stadt Dresden, nach Frankfurt a. M. und Köln die dritte zahlungsunfähig gewordene deutsche Großstadt, hatte ihre Gläubiger am Dienstag einberufen. Wie der städtische Finanzreferent Stadtrat Krummbiegel ausführte, sei die Stadt nicht überschuldet, wohl aber wegen der phantastischen Wohlfahrtslasten zur Zeit zahlungsunfähig. Das Vermögen der Stadt betrage 572 Millionen Mark, die Schulden erreichten 248 Millionen Mark, so daß ein Reinvermögen von 324 Millionen Mark vorhanden sei.

Die Dinge hätten sich aber so entwickelt, daß im letzten Jahre etwa 100 Proz. sämtlicher Steuereingänge für Wohlfahrtslasten verbraucht worden seien, gegen 87 Proz. im Jahre 1931 und 19 Proz. im Jahre 1913. Dabei sind die Ueberweisungssteuern des Reiches um fast 60 Proz., von 21,8 auf 8,8 Millionen Mark gesunken. Die Summe der unbezahlten Rechnungen habe in den letzten Monaten mehrere Millionen (!!) erreicht. —

Die Versammlung wählte nach längerer Debatte den früheren Ministerialdirektor Dr. Just zum Gläubigervertreter. Just wird mit der Stadt verhandeln und soll der neuen Gläubigerversammlung Vorschläge vorlegen.

Neue Tilgungskasse

Bei den gewerblichen Kreditgenossenschaften hat es im vergangenen Jahre gründlich gekracht: sie wurden mit Reichskrediten gestützt, haben aber immer noch viele eingefrorene oder faule Schuldner. Vor wenigen Tagen haben die Banken durch die Gründung der deutschen Finanzierungsinstitut A.-G. und der Tilgungskasse für gewerbliche Kredite gezeigt, wie man sich in solchen Fällen helfen kann. Wir haben die Gründung dieser Institute nicht begrüßt, weil die Wahrheit der Bankbilanzen damit verfälscht, Industriesanierungen gehemmt und die Zinssätze hochgehalten werden. Bei den gewerblichen Kreditgenossenschaften waren nun nicht viel gute Sitten zu verderben; denn es wurde leichtsinnig genug gewirtschaftet. Aber man will doch das schlechte Beispiel der Banken nachahmen.

Unter Führung des Deutschen Genossenschaftsverbandes und Mitwirkung der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse sowie der Dresdner Bank ist über die Gründung einer Mobilisierungskasse für die gewerblichen Kreditgenossenschaften abschließend verhandelt worden. Man will etwa 100—150 Millionen Mark eingefrorene Forderungen, die man noch glaubt abschreiben zu müssen, in diese Mobilisierungskasse einbringen, die eingebrachten Werte in einem bestimmten Verhältnis mit einer Reichsbürgschaft versehen und dann auf die eingebrachten Summen bei der Reichsbank unterzubringende Wechsel schaffen. Die Genossenschaften sollen dadurch flüssiger gemacht werden, und in demselben Ausmaß, in dem die sich belebende Wirtschaft die eingefrorenen Kredite wieder auftaut, soll dann die Tilgung der in Anspruch zu nehmenden Kredite erfolgen.

Dieses neu zu schaffende Institut ist nicht günstiger zu beurteilen, als die Stützungsinstitute für die Banken.

Linke-Hofmann saniert

Die Sanierungsverhandlungen bei dem ostdeutschen Waggontrust, der Linke-Hofmann-Busch A.-G. in Breslau, sind jetzt beendet. Wenn auch der offizielle Vorschlag der Verwaltung noch aussteht, ist doch mit Sicherheit eine Zusammenlegung des Aktienkapitals von 30 auf 12 Millionen Mark im Verhältnis von 10 : 4 anzunehmen. — Die betriebsfremden Beteiligungen wie Schraubenfabrik Archimedes-Breslau und Papiermaschinenfabrik Füllner in Warmbrunn sind bereits abgestoßen worden. Auch an einem Verkauf der Rigaer Waggonfabrik „Phönix", die 1929 von der Waggonfabrik Busch-Bautzen bei der Fusion mit eingebracht wurde, wird jetzt gedacht. Linke-Hofmann würde sich also mit dieser Neuregelung ausschließlich auf die Weiterführung der Breslauer und Bautzener Betriebe beschränken.

Kleiner Bamag-Verlust

Der Ruf nach kommunalen Aufträgen

Die Bamag (Berlin-Anhalter Maschinenfabrik A.-G.), ein alteingesessenes Unternehmen im Moabiter Industrieviertel, schließt nach der im Vorjahr durchgeführten Sanierung das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr 1931/32 mit einem kleinen Verlust von knapp 357 000 M. ab.

Das Unternehmen, das fast ausschließlich den Bau von maschinellen Großanlagen betreibt, hat bei der fast völlig gedrosselten Investitionstätigkeit im Berichtsjahr weiteren erheblichen Umsatzrückgang erlitten.

Die Umsätze, die nicht genannt werden, dürften 1931/32 kaum 25 Millionen erreicht haben, während 1930/31 noch 36 Millionen und 1929/30 rund 43 Millionen Mark umgesetzt wurden. Der geringe Verlustausweis zeigt aber, daß mit dem Kapitalabstrich von 12 auf 6 Millionen Mark die Grundlage für eine künftige Rentabilität geschaffen ist, denn auch der geringe Umsatz 1931/32 entspricht bereits einem vierfachen Kapitalumschlag.

In dem Bericht der Verwaltung kommt die von der Privatwirtschaft viel zu spät und dann erst widerwillig erkannte Tatsache deutlich zum Ausdruck, daß die kommunalfeindliche Politik der autoritären Regierungen schwere Rückschläge für den industriellen Beschäftigungsgrad ausgelöst hat. Der Bamag-Bericht betont unter anderem, daß das Hauptabsatzgebiet der Gesellschaft, die Erstellung kommunaler Anlagen (Müllverbrennung, Wasserreinigung usw.), völlig darnieder lag und die Kommunen bei ihrer katastrophalen Finanzlage sogar außerstande sind, dem unwirtschaftlichen Wertverfall bereits vorhandener Anlagen durch Reparaturaufträge zu begegnen.

Die Entwicklung im neuen Geschäftsjahr, also seit Juli 1932, wird optimistischer beurteilt. So hat sich, sagt der Bericht, die Zahl der Anfragen in einem ganz erstaunlichen Ausmaße vermehrt. Wenn sie auch noch nicht zu Aufträgen geworden sind, so befinden sich doch zahlreiche Projekte, besonders solche im Auslande, in einem vorgeschrittenen Stadium aussichtsreicher Verhandlungen.

Deutsch-polnisches Kontingentsabkommen. Zwischen Deutschland und Polen ist am Dienstag ein handelspolitisches Ergänzungsabkommen getroffen worden. Das Abkommen sieht eine bestimmte Einfuhrmenge polnischer Butter und Textilien (grobe Garne) nach Deutschland vor, wogegen Polen für den deutschen Export von Feingarnen und Häuten Erleichterungen gewährt. Es handelt sich um Kontingente von 4400 Doppelzentner Leinen-, Jute- und Wollgarne und um 9500 Doppelzentner Rohhäute, für die bisher ein Einfuhrverbot in Polen bestand. Die Kontingente für die polnische Butter erreichen 15 000 Doppelzentner und für polnische Textilien 2200 Doppelzentner.

Die Reichsbank am Jahresende

Beispiellos geringer Geldbedarf der Banken

Der Reichsbankausweis zum 31. Dezember zeigt eine für den Jahresschluß beispiellos geringe Inanspruchnahme der Reichsbankkredite. Zum Jahresschluß mehren sich besonders die Kreditansprüche der Banken; nicht zuletzt deshalb, weil die Häufung von Zahlungsterminen die Zahlungsflüssigkeit der Banken einschränkt, die Banken zum Jahresschluß aber eine möglichst liquide Bilanz ausweisen möchten. Die letzte Woche des Jahres 1932 hat aber insgesamt nur rund 325 Millionen Mark — das ist die knappe Hälfte normaler Ultimoansprüche — an neuem Kreditbedarf an die Reichsbank herangebracht.

Letztlich kann die geringe Inanspruchnahme der Reichsbank nur durch die Tatsache erklärt werden, daß auf dem Höhepunkt der Krisenliquidation auch die in der Wirtschaft freigesetzten Gelder ein Höchstmaß erreichen, und daß zugleich von den Milliardenbeträgen stillgehaltener Auslandsgelder große Summen ebenfalls frei geworden sind, die in der Wirtschaft als Umlaufskapital arbeiten, ohne daß ein Zwang zur Rückzahlung ans Ausland besteht. Die geringe Inanspruchnahme der Reichsbank entspricht also einer durchaus ungewöhnlichen Situation. Natürlich bedeutet sie auch, daß keine Rede davon sein kann, daß in der Wirtschaft eine fühlbare Belebung eingetreten ist.

Die Wechselbestände der Reichsbank haben in der letzten Dezemberwoche nur um 259,8 Millionen — im Vorjahr waren es 404 — auf 2805,5 Mill. zugenommen. Die Lombarddarlehen vermehrten sich um 72,9 auf 176,1 Millionen, das sind rund 70 Millionen weniger als im Vorjahr. Die Bestände an Reichsschatzwechseln haben sogar noch um 7,9 auf 0,6 Millionen Mark abgenommen. Die Banken hatten also Gelder übrig, um der Reichsbank Reichsschatzwechsel abzukaufen. Die hohe eigene Flüssigkeit der Banken zeigt sich auch in der Vermehrung der fremden Gelder auf Girokonto um nur 153,6 auf 589,9 Millionen Mark. Die Auffüllung dieses Postens wurde von den Banken früher zum Jahresschluß besonders gepflegt, weil sie dann flüssiges Guthaben in ihren Jahresschlußbilanzen ausweisen konnten.

Entsprechend ist der Zahlungsmittelumlauf relativ sehr niedrig geblieben. Der Notenumlauf stieg um 189,2 auf 3560,5, der Umlauf an Rentenbankscheinen um 13,7 auf 413,2 Millionen Mark. Obwohl der Umlauf von Scheidemünzen auch im vergangenen Jahre beträchtlich erhöht wurde, waren unter Einrechnung von 1496 Millionen Mark Silber- und anderen Münzen um etwa 188 Millionen Mark Privatbanknoten Ende 1932 nur rund 5657 Millionen Mark Zahlungsmittel in Umlauf gegen 6678 Millionen am Ende des Jahres 1931.

Die Gold- und Devisenbestände wurden in der letzten Dezemberwoche wieder etwas vermehrt. Die Goldbestände nahmen um 6,1 auf 806,2 Millionen zu, die Bestände an Deckungsdevisen um 3,6 auf 113,8 Millionen ab, so daß sich die Deckungsreserven um 2,5 Millionen erhöhten. Die Deckung der umlaufenden Noten durch Gold und Devisen verringerte sich gegenüber der dritten Dezemberwoche von 27,2 auf 25,8 Proz., ist aber trotzdem gegenüber den 24,2 Proz. von Ende 1931 nicht unerheblich besser.

Schanhaikwan und Genf

Zwischenspiel im Schlachtenlärm

Um formal nichts zu versäumen, hat die chinesische Regierung dem Völkerbund Mitteilung von den Kämpfen um Schanhaikwan gemacht, hat aber keine Protestnote an Japan gerichtet und wird das nicht tun, bevor die Lage geklärt ist. Indessen hat sie den Truppen weitere Anweisungen gegeben, jedem Angriff auf die chinesischen Stellungen Widerstand zu leisten.

Japan unternimmt bereits eine Gegenoffensive für den Völkerbund, indem es behauptet, in Schanhaikwan hätten die Chinesen das Feuer eröffnet im Verfolg der chinesischen Politik, den Völkerbund zum Eingreifen zu bringen. Es ist nicht ersichtlich, welcher Grund zu einer solchen Befürchtung Japans bestehen könnte.

Blutiger Hohn

Der japanische Gesandte in China, Arioschi, erklärte der chinesischen Presse, daß die chinesisch-japanischen Beziehungen unverändert seien! Wenn China eine Entscheidung des Völkerbundes im mandschurischen Konflikt herbeiführen wolle, würde die politische Lage nur noch verwickelter werden. Die japanische Regierung bestehe darauf, daß der chinesisch-japanische Konflikt nur durch unmittelbare Verhandlungen zwischen den beiden Ländern gelöst werde! Er sei, so erklärte der Gesandte, zu Verhandlungen mit China bevollmächtigt in dem Augenblick, in dem die chinesische Regierung dazu den ersten Schritt tun werde!

Streit um die Schuldfrage

Bei den Kämpfen um Schanhaikwan sollen bei jeder Partei rund 5000 Mann beteiligt gewesen sein, die Japaner ließen aber auch Bombengeschwader und die Geschütze ihrer Kriegsschiffe mitwirken. Acht japanische Kriegsschiffe sind im Hafen von Tschinwangtau, 16 Kilometer südwestlich Schanhaikwan, eingetroffen. Bis jetzt haben sie denn auch den „Sieg" von Schanhaikwan noch nicht hinausposaunt. Tokio meldet vielmehr, man habe die Befehlshaber der Kwantung-Armee und der japanischen Besatzung von Tiensin angewiesen, ihr möglichstes zu tun, um den Kampf bei Schanhaikwan zu lokalisieren. Diese Geste wird aber in ihrem Wert festgestellt dadurch, daß das japanische Marineministerium einigen im Hafen von Sasebo liegenden Kriegsschiffen befohlen hat, sich zur sofortigen Ausfahrt bereit zu halten, falls die Lage in Schanhaikwan es erfordere.

Die chinesische Heeresleitung stellt es so dar, als ob Schanhaikwan noch in ihrem Besitz wäre. Der chinesische Kommandant im Abschnitt von Schanhaikwan, General Hoschukuo, meldet, daß die Japaner von den chinesischen Verteidigungstruppen zurückgeschlagen worden seien, nachdem ihre Artillerie mit Unterstützung von Flugzeugen in einstündigem Kampf eine Bresche in die Mauer der Stadt gelegt habe. Die Japaner hätten sich zurückgezogen, so daß die chinesische Garnison nunmehr in Erwartung eines neuen Angriffs die Verteidigungsstellungen ausbaue.

Dagegen erklärt das japanische Kriegsministerium, daß nach einem Telegramm seines Stabschefs in China, Nakamura, die japanischen Truppen am 3. Januar um 3.20 Uhr Schanhaikwan besetzt haben. Die japanischen Truppen sind in die Stadt eingerückt und haben sämtliche staatlichen Gebäude besetzt. Die chinesischen Truppen, die ohne Widerstand Schanhaikwan verlassen, werden weiter verfolgt. Außerdem habe man mehrere tausend chinesische Soldaten entwaffnet.

*

Die Befehlshaber der ausländischen Truppen in Tjentsin beraten nach Meldung der japanischen Agentur „Rengo" im Hauptquartier der japanischen Garnison über die Lage, die nach der Sprengung einer Eisenbahnbrücke drei Kilometer westlich von Schanhaikwan, angeblich durch chinesische Truppen, entstanden ist. Die Eisenbahnlinie Schanhaikwan—Peiping werde auf Grund des Boxer-Protokolls von ausländischen Truppen geschützt.

*

Nach Meldungen des Sowjet-Rundfunks von der mandschurischen Grenze sind Japaner auf Lastautos und Pferden bereits über Schanhaikwan hinausgedrungen. Japanische Flugzeuge werfen schwere Bomben auf die zurückweichenden chinesischen Truppen; dadurch sind

auch schon die wichtigsten Eisenbahnwege zerstört.

10 Kilometer landeinwärts von Schanhaikwan legen die Japaner bereits Befestigungen an unter dem beliebten Vorwand, das Land vor seinen eigenen Truppen schützen zu müssen!

Sozialistische Gegenaktion

Paris, 3. Januar.

Der sozialistische Abgeordnete Fontanier hat dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, daß er ihn nach der Wiedereröffnung der Kammer über den chinesisch-japanischen Konflikt und die Haltung Frankreichs im Völkerbund interpellieren werde. Der „Populaire" erklärt: „Wird die französische Regierung gegenüber dem japanischen Imperialismus dieselbe Politik der Feigheit befolgen wie die Regierungen Tardieu, Laval und Herriot? Wird sie ebenso wie die früheren Regierungen die Sache des Friedens verraten? Wir erwarten eine klare und feste Antwort. Eine Antwort, die der Welt die Hoffnung gibt, daß noch Regierungschefs vorhanden sind, die die schönen Worte, die sie so oft aussprechen, in Taten umzusetzen verstehen. Japan ist im Begriff, einen furchtbaren Krieg zu entfesseln. Um es daran zu hindern, gibt es nur ein Mittel: die Drohung mit dem Abbruch der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen. Ist die französische Regierung gegenüber den Kanonenhändlern und Bankiers unabhängig genug, um diese Handlung zu vollziehen, von der der Frieden im Fernen Osten abhängen kann?"

*

Die gleiche Anklage der Passivität, die der „Populaire" gegen die französische Regierung erhebt, richten auch wir seit fünfzehn Monaten immer wieder gegen die deutsche Außenpolitik. Aber vergebens! Die Wilhelmstraße steht seit jeher auf dem Standpunkt, daß Deutschland keinen Anlaß habe, sich nach irgendeiner Seite zu „kompromittieren". Deutschland ist in Genf ängstlich bemüht, besonders mit England in dem Fernostkonflikt immer konform zu gehen, mit jenem England, das immer wieder das Signal zum Zurückweichen vor den Drohungen Japans gibt. Was kümmert es das deutsche Volk, ob in Ostasien die internationalen Verträge gebrochen und ein friedliches Volk vergewaltigt wird? Nur keine Initiative ergreifen — das ist der leitende Gedanke der deutschen Diplomatie in diesem Konflikt, der sich immer mehr ausbreitet und in einen neuen Weltbrand auszuarten droht!

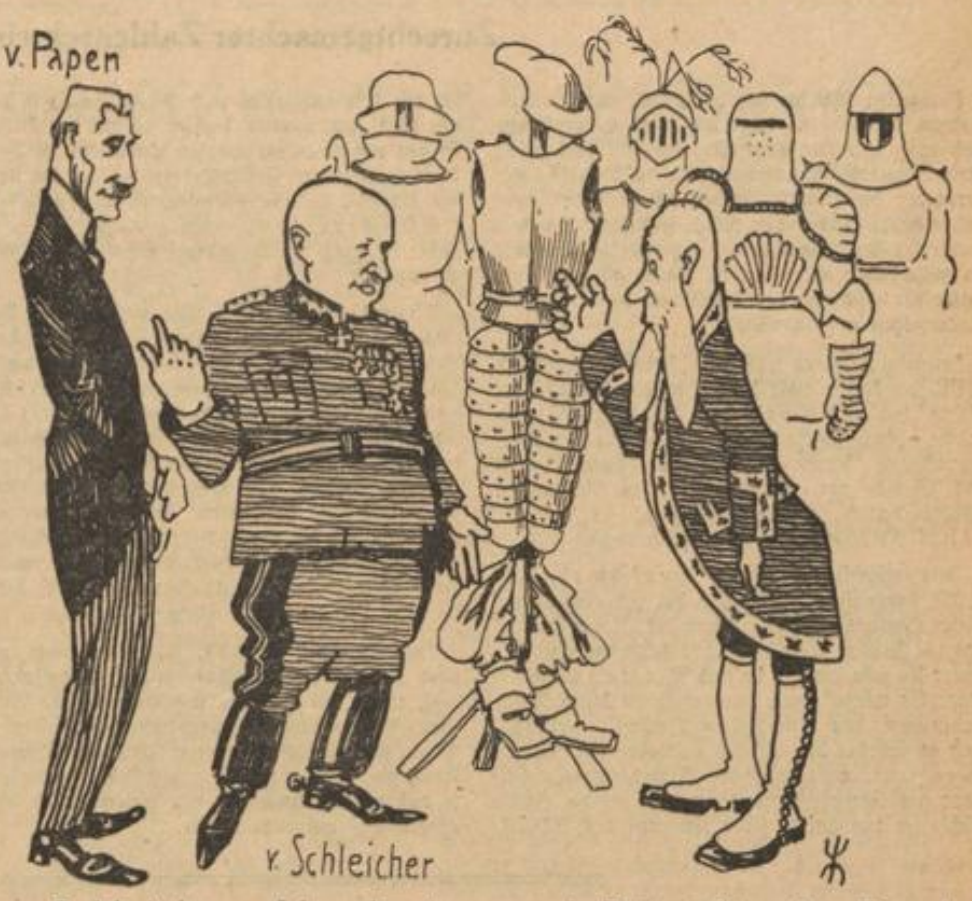
Es sieht zuweilen danach aus, als ob die deutsche Diplomatie geradezu wünschte, daß der Völkerbund durch sein Versagen gegenüber Japan in die Brüche ginge, damit sich wieder ungehemmt die nackte Machtpolitik austoben könne und die lästigen Fesseln des Völkerrechtes wieder verschwinden.

Daß gerade Deutschland in seiner Lage seit Kriegsende alles Interesse daran hätte, mit den kleinen neutralen Staaten zusammenzugehen, die erst kürzlich in Genf für eine energische Aktion gegen Japan eintraten, will anscheinend nicht in die Köpfe unserer Diplomatie hinein.

Es ist hier bei dem letzten Vertagungsbeschluß der Völkerbundsversammlung im Dezember, für den England die Hauptverantwortung trägt, gesagt worden, daß damit der japanische Imperialismus nur ermuntert werden würde, neue vollendete Tatsachen zu schaffen und seine Machtposition in Nordchina zu erweitern. Die jüngsten Ereignisse haben diese Voraussage in überaus bedrohlicher Weise mehr als bestätigt.

Ritterrüstungen

Der Altenburger Exherzog verkleppt eine Sammlung historischer Rüstungen.



v. Schleicher: „Ich suche eine passende Rüstung für meinen Freund, den Ritter ohne Furcht und Tadel."

„Hier habe ich die historische Rüstung des sinnreichen Ritters von der Mancha."

Der Löwe von Trau

Selbststellung südslawischer Zerstörer

Der altvenezianische Löwe in Trau, einem südslawischen Städtchen Dalmatiens, war zertrümmert worden, was den Faschismus zu lautem Brüllen veranlaßte. Nun haben sich bei der Behörde in Split (früher Spalato) sechs junge Leute mit der Selbstanschuldigung gemeldet, den Löwen beschädigt zu haben. Ihr Nationalgefühl und ihr Patriotismus sei durch Herausforderungen der italienischen Presse auf das tiefste verletzt worden. Die jungen Leute wurden vom Polizeigericht auf der Stelle zu 5 Tagen Einschließung verurteilt. Die Stadtbehörde hat Schadenersatzanspruch wegen Beschädigung stadteigener Güter gegen sie erhoben.

Bald nachher ist im Dorf Sini in der Nähe von Spalato wiederum ein venezianischer Löwe zerstört worden. Nach italienischem Bericht hat ein Soldat in Uniform im Angesicht der Wache den Markuslöwen, der an der Mauer eines jetzt als Kaserne dienenden Gebäudes angebracht war, mit einem Hammer beschädigt. Tags darauf habe der Gemeinderat den Löwen unter dem Vorwand der sicheren Aufbewahrung in ein Magazin entfernen lassen. Der damit beauftragte Gemeindebeamte habe dabei solchen „Eifer" gezeigt, daß er die schwere Steinplatte fallen ließ, wobei sie in Trümmer ging.

Bauernterror

Dollfuß gibt nach

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Wien, 3. Januar.

Die Situation im oststeierischen Gebiet gestaltete sich am Montagabend recht bedrohlich. Auf dem Hauptplatz in Vorau hatte sich eine Bauernmenge von über 1000 Mann angesammelt. Nazis und Heimwehrleute in Uniform, aber auch Kommunisten hielten wilde Reden. Alles schrie sich gegenseitig nieder. Die Versammlung forderte schließlich die Freilassung der Verhafteten, die wegen Brandbombenlegung festgenommen worden waren. Als die Menge sich immer mehr erhitzte, nahm das Militär vor dem Gemeindehaus schußbereit Aufstellung. Eine Abteilung brachte drei Maschinengewehre in Stellung. Gegen sechs Uhr abends drohten die Bauern das Rathaus zu stürmen. Im letzten Augenblick, als schon die Gendarmerie vorging, traf aus Graz eine Depesche ein, wonach die Staatsanwaltschaft die Verhafteten gegen Gelöbnis freigelassen habe. Gegen acht Uhr abends gelang es, die Bauern aus dem Städtchen abzudrängen.

*

Die Oststeiermark ist ein sehr rückständiges Gebiet und war bis vor kurzem eine sichere Domäne der Christlichsozialen. Den Kleinbauern dort ging es schon immer schlecht, die Krisennot hat sie empfänglich gemacht für die Rekorddemagogie der diversen Hetzparteien der Nachkriegszeit.

Bombenleger hat man auf das Geschrei einiger hundert Bauern aus der Untersuchungshaft entlassen. Als man aber im Simmeringer Arbeiterheim Wiener Schutzbündler verhaftete, die den Ansturm bewaffneter Hakenkreuzler abgewehrt hatten, da hielt man sie viele Wochen in Haft, obwohl die sozialdemokratische Millionenpartei die Freilassung täglich forderte. Bürgerblockregierung!

Die Cohniade von Breslau

Anprangerung im Landtag

Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei im Preußischen Landtag hat eine Große Anfrage eingebracht, die sich gegen die „Cohniade" in Breslau wendet. Die Anfrage gibt zunächst eine Darstellung des Verhaltens von Rektor und Senat der Universität Breslau und fährt dann fort:

„Rektor und Senat haben damit das hohe Gut der Lehrfreiheit und der freien Meinungsäußerung von Universitätslehrern preisgegeben. Universitätslehrer haben dieses Gut gegenüber dem Staatsministerium häufig auch in Fällen vertreten, in denen ein Einschreiten gegen formal anstößige und unsachliche Aeußerungen von Dozenten innerhalb und außerhalb des Hörsaals erforderlich war. Der Breslauer Rektor und Senat weichen im Gegensatz zu dieser Haltung dem Toben der Straße und den von den Nationalsozialisten provozierten, den Lebensnerv der deutschen Hochschulen treffenden Terrorakten, ohne daß gegen die Haltung des Professor Cohn der geringste Vorwurf erhoben werden kann.

In ihrer Feigheit vor den Radaustudenten nehmen Rektor und Senat sogar in der Oeffentlichkeit Stellung gegen die Fortsetzung der Lehrtätigkeit des Professor Cohn, obwohl sie nach den gesetzlichen Bestimmungen dazu unzuständig sind und die Grenzen ihrer Befugnisse damit überschreiten.

Wir fragen das Staatsministerium: Was beabsichtigen die Reichskommissare zu tun, um 1. die weitere Lehrtätigkeit des Professor Cohn an der Breslauer Universität zu sichern? 2. Energische Maßnahmen gegen die Fortsetzung der strafbaren Handlungen durch nationalsozialistische Studenten und andere Parteigänger zu ergreifen, durch die der geordnete Lehrbetrieb an der Breslauer Universität gestört wird? 3. Rektor und Senat der Universität in ihre Schranken zurück zuweisen."

*

Der Kommissar des Reichs im Preußischen Kultusministerium, Professor Kähler, hat den außerordentlichen Professor an der Berliner Handelshochschule Carl Schmitt zum ordentlichen Professor an der Universität Köln ernannt.

Der Deutschnationale Kähler hat sich um die Versetzung seines deutschnationalen Parteifreundes, Abgeordneten, Lehrers und Interessenvertreters Kickhöffel so lebhaft bemüht, daß die Berufung und Beförderung des Herrn Carl Schmitt nichts Ueberraschendes mehr hat. Denn dieser jetzt „ordentliche" Professor war der Staatsrechtsvirtuose, der vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig das Reich mit seinen „außerordentlichen" Theorien vertrat. Zwar ist der Staatsgerichtshof so klug gewesen, genau das Gegenteil dessen für Recht zu erklären, was dieser beflissene Mann ihm vortrug. Aber — man soll dem System der Kommissare nicht Undankbarkeit vorwerfen. Das außerordentliche Staatsrecht von Berlin kann jetzt als ordentliches Staatsrecht in Köln verkündet werden — von Amts wegen!

Gold aus Moskau

Riga, 3. Januar.

Eine russische Goldsendung im Werte von annähernd 20 Millionen Goldfranken, die in Riga auf dem Bahnwege eintraf, wurde am Sonnabend mit dem deutschen Dampfer „Ostsee" nach Stettin befördert. Die an die Deutsche Reichsbank gerichtete Sendung sollte ursprünglich bereits in Riga von Beamten der Reichsbank übernommen werden. Dazu wurde die vorübergehend in Kellern der lettischen staatlichen Hypothekenbank eingelagerte Sendung von den Beauftragten der Reichsbank bereits genau geprüft. Nach einer auf russischen Wunsch erfolgten neuen Weisung wurde die Prüfung abgebrochen und unter starker militärischer und polizeilicher Bewachung das Gold auf den Dampfer „Ostsee" verfrachtet.

Seinen Verletzungen erlegen ist in Sofia der Chefredakteur Eftimoff, den am 23. Dezember Terroristen der anderen mazedonischen Richtung niedergeschossen haben.

Sechs Jahre Zuchthaus wegen Militärverrats. Der 1. Strafsenat des Kammergerichts verurteilte dieser Tage den preußischen Staatsangehörigen Bahr wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse zu sechs Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht.

„Ungefähre" Siege der RGO.

Zurechtgemachter Zahlenschwindel

Fortgesetzt schmückt sich die RGO. mit fremden Federn. Obwohl sie angeblich keine Gewerkschaft und auch kein Gewerkschaftsersatz sein will (siehe Rote Gewerkschaftsinternationale 1932 Seite 898), berichtet das RGO.-Reichskomitee über eine „Streikwelle unter der RGO.-Führung" in den Jahren 1931/32 und lügt frisch-fröhlich drauflos, es hätte „weit mehr als die Hälfte aller Kämpfe unter der Führung der RGO. mit Erfolgen oder Teilerfolgen abgeschlossen".

Insgesamt wären nach den „Feststellungen" der RGO. im Jahre 1932 2556 Betriebe bestreikt, im Jahre 1931 nach amtlichen Angaben 4520 Betriebe. Nach Inkrafttreten der September-Notverordnung hätten 914 Streiks (davon allein 272 Streiks von Erwerbslosen, in Notstands-, Pflichtarbeiter-, Arbeitsdienstlagern) mit „ungefähr" 200 000 Arbeitern stattgefunden.

Ihre tatsächlichen „Erfolge" verschweigt die RGO. begreiflicherweise. Sie hat sich einmal auf dieses Glatteis begeben, und in der „Roten Fahne" am 13. Januar 1932 über „101 siegreiche Streiks" unter Angabe der Orte und Firmen berichtet. Der „Vorwärts" hatte damals sofort durch Nachprüfungen den öffentlichen Nachweis erbracht, daß es sich bei den Streiks entweder um Niederlagen, um aufgebauschte Miniaturbewegungen oder um Kämpfe handelte, mit denen die RGO. nichts zu tun hatte. Eine Umfrage des ADGB. bei den Gewerkschaften und Betriebsräten lieferte den schlüssigen Beweis, daß es sich bei den RGO.-Siegen um einen aufgelegten Schwindel handelte. Diese tatsächlichen Feststellungen hat der Vorstand des ADGB. in einer Broschüre „Siegreiche RGO.-Streiks?" herausgebracht. Die Broschüre ist durch die Verlagsgesellschaft des ADGB. zu beziehen.

Diesmal ist die RGO. also vorsichtiger. Ihre einzige Angabe lautet „ungefähr". Wie hemmungslos die KPD.-RGO. aber auch jetzt wieder drauflos schwindelt, dafür liefert die Statistik des ADGB. den besten Beweis. Danach sind im Jahre 1931 allein durch die Gewerkschaften des ADGB. 7872 Betriebe mit 155 591 Beteiligten bestreikt worden. Die Zahl der durch die freien Gewerkschaften bestreikten Betriebe war also größer als die durch die amtliche Statistik ermittelte, was wahrscheinlich auf verschiedenartige Zählungsmethoden zurückzuführen ist. Was bleibt da aber für die RGO. übrig?

Das Ergebnis für 1932 liegt noch nicht vor, aber durch die Papen-Verordnung allein veranlaßt, traten 89 Betriebe mit etwa 14 000 Beteiligten in den Streik. In tausenden Betrieben genügte die geschlossene gewerkschaftliche Abwehrfront, um Lohnkürzungen mit Erfolg abzuwehren, so daß der Reichskanzler von Schleicher die Notverordnung aufheben mußte.

In Berlin, wo die RGO. den wirksamsten Resonanzboden in der Metallindustrie hat, berichtete kürzlich der „Rote Metallarbeiter-Verband" — allerdings in vertraulichem Rundschreiben — nur über „24 von ihm geführte Streiks und Bewegungen". Die Epigonen Potemkins in der Zentrale der RGO. reden für die kommunistische Oeffentlichkeit von 914 Streiks. Ein handgreiflicher Schwindel.

Die RGO. sollte wieder einmal so offenherzig sein wie im Januar des Vorjahres und über die Stätten der RGO.-Erfolge genauere Angaben veröffentlichen. Was übrig bliebe, wenn man die blutigen Niederlagen bei der BVG., Naß, Zeiß-Ikon usw. abzöge — denn hier handelt es sich höchstens um Erfolge politischer Verhetzung zugunsten der Nazis —, wäre sehr mager. Wo sich bisher die Arbeiterschaft der Führung der RGO. anvertraute, da gab es fast ausschließlich Opfer. Deshalb wohl auch das diplomatische Schweigen über „Erfolge und Leistungen der eigenen KPD.-Gewerkschaften". Noch nie haben die „roten" Verbände der Metallarbeiter, Bauarbeiter, Bergarbeiter, Filmgewerkschaft, Textilarbeiter u. a. öffentlich berichtet, weil sie ihre Niederlagen eingestehen müßten. Die „ungefähren" Behauptungen der RGO. sind den Unternehmern ungefährlich. Sie sind bestimmt, den gutgläubigen Arbeitern Sand in die Augen zu streuen.

Erweiterung im FAD.

Schulamtsbewerber zugelassen

Die Erweiterung des Freiwilligen Arbeitsdienstes hat auch die Möglichkeit zur Teilnahme von Schulamtsbewerbern geschaffen. Der Kommissar des Reichs für das Preußische Kultusministerium hat deshalb die zuständigen Behörden ersucht, die Teilnahme von Schulamtsbewerbern am FAD. zu fördern, und im einzelnen folgendes angeordnet:

Fortbildungs-Zuschußempfänger, die am FAD. teilnehmen wollen, sind für die Dauer der Teilnahme von ihrer Unterrichts- und Hospitierpflicht zu entbinden. Den Schulamtsbewerbern kann die Tätigkeit im FAD. bis zu einem halben Jahre — soweit sie eine Führerstelle inne hatten, bis zu einem Jahre — auf die dreijährige Vorbereitungszeit für die zweite Prüfung angerechnet werden. Die Tätigkeit im FAD. ist bei späterer Festsetzung nach den Härteausgleichsbestimmungen als unverschuldete Wartezeit zu berücksichtigen.

Die Schulamtsbewerber erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit im FAD. wie die übrigen Teilnehmer ein Taschengeld von der Leitung des Lagers („Träger des Dienstes"). Außerdem werden ihnen von der Regierung — dem Provinzialschulkollegium — die Kosten der Hin- und Rückreise unmittelbar erstattet; auch kann ihnen nach der Rückkehr in den Volksschuldienst von der Regierung — dem Provinzialschulkollegium — ein einmaliger Zuschuß gewährt werden, der in der Regel einhundert Reichsmark nicht übersteigen soll.

Die Zahlung des Fortbildungszuschusses ruht für die Zeit der Teilnahme an dem FAD. Die Meldung der Schulamtsbewerber zum FAD. hat bei den zuständigen Bezirkskommissaren unter Vorlage einer Bescheinigung zu erfolgen, die von der zuständigen Regierung — dem Provinzialschulkollegium — nach dem beiliegenden Muster auszustellen ist. Die Bestimmung des Arbeitslagers erfolgt durch den Bezirkskommissar, an den gegebenenfalls besondere Wünsche zu richten sind.

Für die Teilnahme der Schulamtsbewerber am FAD. sind im übrigen die für die Arbeitsdienstwilligen allgemein geltenden Vorschriften maßgebend.

Nur immer abbauen!

Das Kostgeld der Malerlehrlinge

Der Ausschuß der Vereinigten Berliner Malerinnungen Berlins, zu denen die Malerinnungen Charlottenburg, Spandau, Lichterfelde, Neukölln, Lichtenberg und Pankow gehören, hat ohne Zustimmung der Gesellenausschußmitglieder eine Herabsetzung der Kostgeldsätze der Malerlehrlinge ab 1. Januar um 20 bis 33⅓ Proz. beschlossen. Die Kostgeldsätze würden demnach herabgesetzt werden im ersten Lehrjahr von 6 Mark auf 4 Mark wöchentlich, im zweiten Lehrjahr von 8 auf 6 Mark, im dritten Lehrjahr von 10 auf 8 Mark und im vierten Lehrjahr von 15 auf 10 Mark. Die Berliner Malerinnung, die diesem Ausschuß nicht angehört und mehr Mitglieder hat als die Vereinigten Malerinnungen, hat sich diesem Vorgehen nicht angeschlossen.

Die bis jetzt gezahlten Kostgeldsätze sind durch Verhandlungen zwischen dem Verband der Maler und allen Berliner Innungen, auch denen, die jetzt aus der Reihe tanzen wollen, am 22. Februar 1932 vereinbart und von der Vollversammlung der Handwerkskammer am 27. April 1932 sowie später vom Minister für Handel und Gewerbe genehmigt worden. Die Eltern der Malerlehrlinge haben also auf diese Kostgeldsätze einen Rechtsanspruch, der durch den Beschluß des Ausschusses der Vereinigten Berliner Malerinnungen nicht hinfällig wird.

Von der Berliner Ortsverwaltung des Malerverbandes ist bereits bei den amtlichen Stellen, die die fehlende Zustimmung der Gesellenausschußmitglieder zur Herabsetzung der Kostgeldsätze evtl. ersetzen könnten, Beschwerde eingelegt worden. Da die abbauwütigen Malermeister jetzt versuchen, mit den Erziehungsberechtigten der Lehrlinge auf der Grundlage ihres Ausschußbeschlusses Einzelabmachungen über die Kostgeldsätze zu treffen, ergeht an sie die Warnung, sich nicht dazu überreden zu lassen.

Die Macht der RGO.

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Bochum, 3. Januar.

Der kommunistische Einheitsverband der Bergarbeiter sucht in der letzten Zeit, besonders im Ruhrgebiet, sich durch Streikparolen und erhöhte Agitation den Anschein einer mächtigen Organisation zu geben. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Mitgliederzahl 4000 nicht übersteigt von denen höchstens 1000 noch im Betrieb sind. Besonders im argen liegen jedoch die Kassenverhältnisse. An Beiträgen gehen im Monat höchstens 3000 Mark ein, über deren Verwendung vollkommenes Dunkel herrscht. Selbst der Generalversammlung, die kürzlich in Essen stattfand, wurde von der Führung der Kassenbericht glatt unterschlagen. In Mitgliederkreisen herrscht große Bestürzung darüber und man fordert Aufklärung, was aus den eingegangenen Geldern geworden ist.

Arbeitszeit und Technik

In dem Bericht des Internationalen Arbeitsamts an die demnächst zusammentretende vorbereitende Konferenz zur Arbeitszeitverkürzung werden auch Stimmen von Industrieführern zur Frage der Arbeitszeitverkürzung veröffentlicht. So sagte der bekannte Industrielle Robert Bosch:

„Es dürfte nicht notwendig sein, bei den heutigen Verhältnissen des Arbeitsmarktes noch langatmig darzulegen, daß bei den Produktionsmitteln und Methoden, die uns zur Zeit zu Gebote stehen, eine Beschäftigungsmöglichkeit für alle Arbeitsfähigen und in allen Berufen nie mehr möglich sein wird, wenn man die tägliche Arbeitszeit nicht herabsetzt. Man wird anstatt der heute üblichen acht Stunden nur noch vielleicht sechs Stunden täglicher Arbeitszeit ansetzen müssen."

Der Präsident der Fiat-Werke in Turin, Senator Agnelli, äußerte sich wie folgt:

„Bis jetzt verfolgte der technische Fortschritt — Mechanisierung und Rationalisierung — das Ziel, die Höchstmenge mit einem Mindestaufwand von Arbeit zu erzeugen, ohne Rücksicht auf die dadurch entstehende Arbeitslosigkeit. Dieses Ziel muß dahin geändert werden, daß die Höchstmenge in der kürzestmöglichen Zeit erzeugt werden soll, wobei die Arbeitszeit der einzelnen Arbeiter und nicht die Zahl der beschäftigten Arbeiter zu verringern ist. In anderen Worten: der technische Fortschritt darf nicht zu einer Zerstörung der Beschäftigungsmöglichkeiten führen."

Arbeitszeitkonferenz

Die deutsche Delegation für die internationale Arbeitszeitkonferenz, die am 10. Januar in Genf zusammentritt, ist zusammengestellt. Die Reichsregierung entsendet Ministerialdirektor Sitzler, Ministerialrat Neitzel und Regierungsrat Dr. Weber. Die deutsche Arbeitgebergruppe wird vertreten durch Kommerzienrat Vogel-Chemnitz. Seine drei Sachverständigen sind Syndikus Dr. Pfeffer, ferner Krüger und Dr. Erdmann von der Arbeitgeber-Vereinigung. Der stimmführende Arbeitervertreter wird diesmal nach dem Tod von Hermann Müller-Lichtenberg der frühere hessische Innenminister Leuschner sein. Auch er wird begleitet von drei Sachverständigen: Spliedt vom ADGB., Lemmers von den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und Kreil von den Christlichen Gewerkschaften.

Spitzelei

Reinfall ihres Anstifters

Angestellte der Preußischen Elektrizitäts-A.-G. hatten sich öfter darüber zu beklagen, daß ihnen im Betriebe Geldbeträge aus den Taschen entwendet worden waren. Mehrere Personen, besonders die Stenotypistin K. standen im Verdacht, die Diebstähle ausgeführt zu haben. Ein im Betriebe angestellter Assessor, der wohl bei dieser Gelegenheit den Befähigungsnachweis als Kriminalist zu erbringen glaubte, sagte sich: „Prüfen wir die Verdächtigen dadurch, daß wir ihnen bei der Gehaltszahlung mehr geben, als sie zu bekommen haben. Geben sie den Mehrbetrag nicht zurück, dann haben sie ihre Unehrlichkeit bewiesen und dadurch den Diebstahlsverdacht als begründet erscheinen lassen." — Sonderbare Methode.

Im Einverständnis mit dem Angestelltenrat wurde dieser Plan gegen Fräulein K. ausgeführt. Sie erhielt bei der Gehaltszahlung für Dezember in ihrem Kuvert 10 M. zu viel, ohne daß sie etwas sagte. Nach einigen Stunden ging im Betriebe ein Rundschreiben der Geschäftsleitung herum, des Inhalts, bei der Gehaltszahlung seien 20 M. zu viel ausgegeben, wer mehr erhalten habe, als ihm zukomme, solle sich melden. Fräulein K. meldete sich nicht. Erst als eine Kollegin sagte: „Man will uns wohl auf die Probe stellen, zählte sie ihr Geld nach und fand, daß sie 5 M. zu viel hatte. Am folgenden Tage hatte sie durch eine nochmalige Nachzählung ein weiteres Plus von 5 M. festgestellt, was sie sofort der Geschäftsstelle zurückbrachte.

Die Geschäftsleitung hielt hierdurch die „Unehrlichkeit" des Fräulein K. für erwiesen und sprach ihre fristlose Entlassung aus. Als Fräulein K. ihre Sachen zusammenpackte, wollte sie auch ein Stenogramm mitnehmen, das sie vor einiger Zeit aufgenommen hatte. Es ist der Text eines Geheimberichts an die Oberrechnungskammer, der nach Meinung von Fräulein K. und anderen ihrer Kolleginnen, mit denen sie darüber gesprochen hatte, Angaben enthielt, die zum Nachteil der Preußischen Elektrizitäts-A.-G. vielleicht veröffentlicht werden könnten.

Das Gericht verurteilte die Beklagte zur Gehaltszahlung für die Kündigungszeit, da die fristlose Entlassung unbegründet sei. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Dr. Aschner, führte zur Begründung des Urteils aus: Bei der Mehrzahlung des Gehalts handele es sich um ein Spitzelsystem, daß in Betrieben sehr ungewöhnlich sei. Ein Beweis für die Unehrlichkeit der Klägerin sei nicht erbracht. Selbst wenn sie — wie die Beklagte behaupte — das Geld beim Empfang gezählt haben sollte, so könnte sie sich doch geirrt und den Mehrbetrag nicht entdeckt haben. Die Angelegenheit mit dem Stenogramm scheine schwerwiegender, aber hier müsse berücksichtigt werden, daß sich die Klägerin wegen ihrer unrechtmäßigen Entlassung in einer begreiflichen Erregung befunden habe, was man ihr zugute halten müsse. Bei dem Gerede über eine etwaige Veröffentlichung des Geheimberichts handle es sich um einen Büroklatsch, der keine Bedeutung habe.

In den Rheinmetallwerken in Sömmerda (Thüringen) fand dieser Tage die Betriebsratswahl statt. Bei der letzten Wahl erzielten Kommunisten und Syndikalisten die Mehrheit; sie haben diesmal prozentual schlechter abgeschnitten und die Mehrheit eingebüßt. Die freien Gewerkschaften erhielten 459 Stimmen (1931: 384), RGO. 342 (168), Syndikalisten 260 (322), Christen 46 (72), Nazis 97 (0). Die freien Gewerkschaften haben sich gut behauptet, die Christen haben verloren, die Stimmenzahl der Nazis ist alles andere als überwältigend.

„Freunde" der Arbeitslosen

Anhänger der RGO. als Ueberstundenschieber

Zwischen dem Arbeitnehmer- und dem Arbeitgeberkartell der Berliner Filmindustrie ist im November ein Abkommen getroffen worden, das die Belegschaften sämtlicher Filmateliers zum Abbummeln der Ueberstunden verpflichtet. Durch dieses Abkommen soll je nach dem Arbeitsanfall in den einzelnen Filmateliers erwerbslosen Filmarbeitern für kürzere oder längere Zeit eine Arbeitsmöglichkeit geschaffen werden. In den gut organisierten Filmateliers war dieses Abbummeln von Ueberstunden übrigens schon geraume Zeit vor dem Abschluß dieser Vereinbarung in Uebung.

Eine Ausnahme bildet die Belegschaft der Jofa-Tonfilm-Atelier G. m. b. H. in Berlin-Johannisthal, die sich in der Hauptsache aus Anhängern der RGO. und ähnlichen Wortradikalen zusammensetzt. In einer Betriebsversammlung, über die die „Rote Fahne" mit sichtlichem Behagen berichtet, wurde von den RGO.-Leuten wegen dieses Abkommens auf die Gewerkschaften geschimpft. Um ihr brennendes Interesse an der Beibehaltung der Ueberstundenschinderei zu vertuschen, machten die revolutionären Großmäuler nicht nur die örtlichen Verbandsinstanzen, besonders sogar den ADGB. für das von ihnen betriebene Ueberstundenunwesen verantwortlich!

Da stand ein Belegschaftsmitglied auf und verlangte die Herbeiführung eines Beschlusses, in Zukunft keine Ueberstunden mehr zu leisten. Der naive Antragsteller blieb allein auf weiter Flur. Man beschloß dagegen die Einberufung einer „Vollversammlung" für die gesamte Filmindustrie unter Ausschluß der Gewerkschaften, in der aber nicht zu der Frage der Ueberstunden Stellung genommen, sondern gegen die angeblich drohenden Verschlechterungen des Manteltarifvertrages und der Entlohnung der Filmarbeiter mobil gemacht werden soll. Nur nicht zum Thema reden! Bis zu dieser Versammlung sollen natürlich die Ueberstunden weiter gemacht werden.

Da der Betriebsratsvorsitzende wie selbst der offizielle Vertreter der RGO. die Einberufung einer solchen Versammlung von vornherein ablehnten, der Manteltarif schon vor dieser beschämenden Versammlung infolge Nichtkündigung bis zum 31. Dezember 1933 automatisch unverändert verlängert worden ist, und mit Zustimmung sämtlicher Betriebsräte der Filmindustrie, also auch des Betriebsrates der Jofa der vorläufig noch bis Ende März geltende Lohntarif gekündigt werden soll, kann die Ueberstundenwirtschaft in diesem „revolutionären" Betrieb weitergehen. Die Arbeitslosen können ja sehen, wie sie sich durchschlagen.

Wie wir erfahren, wird diese Ueberstundenwirtschaft in der Filmindustrie durch die Tobis geradezu herausgefordert, die ihre Apparaturen nur unter der Bedingung verleiht, daß sie zehn Stunden im Betrieb sind. Vielleicht interessiert sich für diesen Skandal einmal die Gewerbeaufsicht.

Hierzu 2 Beilagen

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit". / Bezugspreise: Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3,25 M. (davon 87 Pf monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 5,85 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4,6. M. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt usw. kein Anspruch der Abonnenten auf Ersatz. / Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 30 Pf. Reklamezeile 1,50 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pf jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Millimeterzeile 25 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstr. 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor. / Verantwortlich für Politik: Rudolf Breitscheid; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Herbert Ziptzer; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Otto Hengst; sämtlich in Berlin. / Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68. Lindenstr. 3.

19]

„Hoffentlich doch nicht um meinetwillen?"

„Was willst du damit sagen?"

Lüdersen hatte vor lauter Unsicherheit etwas ungeschickt Väterliches. „Du brauchst doch keine Angst vor mir zu haben", sagte er.

„Angst?"

„Na ja — denkst du etwa, ich hätte die Absicht, dich zu schurigeln?"

Berger ließ das Handtuch sinken und sah ihn an. Dann fing er plötzlich an zu lachen.

Es war ein hartes und höhnisches Lachen, das Lüdersen in Verlegenheit setzte.

„Was lachst du denn?" fragte er etwas gekränkt.

Berger lachte noch lauter, noch verbissener und ausgelassener.

Da richtete Lüdersen sich in gekränkter Würde auf. „Benimm dich gefälligst nicht wie ein Idiot", sagte er.

Und da Berger immer noch lachte, machte er kehrt und warf die Tür mit einem Ruck hinter sich zu.

Berger wußte selber nicht, warum er gelacht hatte. Vielleicht um nicht heulen zu müssen wie ein Frauenzimmer, dachte er, als er verwirrt und entmutigt nach Hause ging. Etwas hatte dies Lachen wenigstens in ihm ausgelöst, aber nun graute ihm davor, heimzukommen und Rede zu stehen.

Als er in die Tür trat, fühlte er gleich wieder die stumme und angstvolle Frage. Er pflegte gewöhnlich gleich mit einem Kopfschütteln zu antworten. Heute aber tat er, als sähe er es nicht. Aber Schweigen ist auch eine Antwort, und er sah ihre Frage wieder zergehen. Das beunruhigte ihn noch mehr. Jetzt hast du's verpatzt, dachte er. Nun wird's noch schwieriger.

Sein Gewissen peinigte ihn, weil er ihr auswich. Das steigerte noch seine ohnehin erhitzte Stimmung, doch versuchte er mit aller Macht, dies zu verbergen. Erst beim Kaffee sagte er: „Ach, richtig, übrigens: Ich gratuliere zu Lüdersen."

Beide wurden blutrot.

„Hat er —?" Ihre Stimme war fast unhörbar.

Er nickte kurz. „Ja", sagte er.

Helene sah ihn an, bis ihr die Augen voller Tränen standen. Sie weinte nicht. Die Tränen kamen nur so. Aber daß sie da so still saß und nichts sagte, machte ihm alles noch viel schwerer.

„Sag doch was", bat er.

Aber sie schüttelte nur den Kopf. Gleich darauf stand sie auf und ging vom Tisch. Ihre Kaffeetasse ließ sie halb ausgetrunken stehen. Er hörte wie sie ins Schlafzimmer ging und sich dort setzte. Er selbst blieb allein in der Dämmerung — ganz leer und erloschen.

Eine Weile darauf kam sie zurück und schien das Schlimmste überwunden zu haben. Sie goß den kalten Kaffe weg und schenkte sich neuen ein.

Er sah ihre Hand noch immer etwas zittern. Das tat ihm weh. Und plötzlich sagte er, und es klang im Zwielicht wie ein Seufzer: „Ich wünschte, einmal klärte sich alles auf."

Sie sah ein wenig befremdet zu ihm herüber, aber sie wußte wohl, was er damit meinte. Sein schmales Gesicht sah so seltsam arm aus.

„Würde dir das helfen? Glaubst du?"

Das Kinn in die Hand gestützt, sah er vor sich nieder. „Ja", antwortete er. „Dann müßten sie doch einsehen, daß mir kein andrer Ausweg blieb, daß es ums Leben ging."

Wieder kam die Unruhe über ihn und er erhob sich und ging auf und ab.

Kurz darauf fragte sie von hinten: „Was wirst du denn jetzt tun?"

„Ich bin um meine Versetzung eingekommen", antwortete er. Und er sah sie an, um die Wirkung seiner Worte zu sehen. Sie stieß einen Seufzer der Erleichterung aus. „Gott sei Dank."

Nach einer Weile fragte sie: „Wohin denn?"

„Nach Oslo. — In der großen Stadt ist man einsamer."

Er war schon wieder auf seiner Wanderung — scheu und wehrlos.

Da sagte sie hinter ihm wieder etwas, jetzt aber in härterem Ton: „Du hättest das nicht tun sollen!"

Er wandte sich aufhorchend um. „Was nicht tun sollen?"

Ohne den Mut, ihr Gesicht zu heben, aber mit tiefer Erregung in der Stimme, sagte sie: „Das — damals —. Ein bißchen mehr Mut hättest du schon haben können."

Er sah sie an, ohne zu antworten. Und in seinem Blick lag etwas wie Empörung. Sie sah auf und bemerkte es.

„Ja", sagte sie trotzig, „das meine ich. Wir werden's unser Leben lang zu entgelten haben. Das hast du davon."

„Und weiter?" fragte er empört.

„Weiter?"

Er tat einen Schritt auf sie zu. „Du vergißt, daß ich lebe", sagte er. „Und wenn auch keiner von euch mir das Leben gönnt."

Als sie ihn ansah, ohne zu antworten, trat er dicht an sie heran und wiederholte in tiefster Erregung: „Ich lebe — lebe — lebe!"

Dann wandte er sich und ging. Sie aber blieb bleich und erschüttert zurück.

4.

Die Abendzeitungen brachten die Notiz von Lüdersens Beförderung, und im Pensionat mußte er sie begießen, mit Madeira für die Damen und Whisknsoda für die Herren. Lüdersen war in Geldangelegenheiten ein vorsichtiger Herr, wenn auch nicht eigentlich geizig. Er willigte mit ziemlichem Widerstreben und erst auf sehr energische Anzapfungen in die Feier ein, aber als er nicht umhin konnte, kaufte er reichlich ein, guten Madeira und ordentlichen Whisky. Als die Schlacht begann, setzte er mit großem Selbstgefühl die guten Marken auf den Tisch.

Sie hatten sich nach dem Abendessen im Salon versammelt und waren hocharadig vollzählig, um nicht mit Ingenieur Engelhardt zu sagen, überzählig.

Lüdersen war ein etwas linkischer, aber netter Wirt, von zwar etwas trägem, aber gutem Benehmen. Das zurückhaltende und verdrossen würdige Wesen, das er für alltags zur Schau trug, ließ sich nicht so ohne weiteres ablegen. Freilich fühlte er, wie es ihm leicht und berauschend zu Kopf stieg, daß er der Triumphator war, andrerseits aber war es ihm ungewohnt, den Wirt zu spielen, und er war etwas benommen.

Aber Fräulein Larsen, die Lehrerin, die im Namen der Frauen das Wort führte, war ihm eine gute Stütze. Sie übernahm nicht allein die Rolle des Festordners, sie hielt auch sozusagen die Festrede.

Das geschah nach dem ersten etwas lauen und forcierten Beglückwünschungstrunk.

„So sieht also ein Held aus!" sagte sie. „Wie gut, daß der Tugend manchmal ihr Lohn wird. Denn — nicht wahr, Herr Lüdersen — Sie waren ja gar nicht der älteste Bewerber?"

„Nein", sagte er. „Es waren drei ältere da." Und er sah sich prüfend um, bevor er fortfuhr: „Berger war der älteste. — Er ist zwei Jahre älter als ich."

„Ach richtig, der damals die Kasse rauben ließ?"

„Ja."

Fräulein Larsen nickte stumm, aber überzeugend Beifall.

Einer der Ingenieure aber strich nachdenklich mit dem linken Zeigefinger an seiner Nase entlang, sah auf und sagte vernehmlich in die Stille hinein: „Ist aber doch eine verdammte Sache für ihn."

Die Worte wirkten momentan verstimmend oder doch dämpfend. Der eine sah den andern an. Das war ja beinahe eine Katastrophe. Und der Sünder sah sich verlegen und schuldbewußt um. Aber Fräulein Larsen rettete die Situation zu Lüdersens großer Erleichterung, denn er hatte zu seiner eigenen Ueberraschung einen kleinen Stich im Gewissen gefühlt. (Fortsetzung folgt.)

Rechts und Links

Von Dr. B. Fernle

Die meisten Menschen sind Rechtshänder, bei den Kulturvölkern sind nur etwa 2 bis 5 Proz. sogenannte Linkser. Da ein Rechtshänder sich gewöhnlich sehr ungeschickt vorkommt, wenn er etwas mit der linken Hand tun will, hat die erdrückende Majorität der rechts Veranlagten alles, was unbeholfen ist und auch seelisch einen verlegenen Eindruck macht, „linkisch" genannt, während sie — nur die Lumpen sind bescheiden — unter rechts alles Gewandte, Gute, Rechtmäßige verstehen, wie es in verschiedenen Sprachen zum Ausdruck gebracht wird.

Diese Bewertung der Rechts- und Linkshänder befriedigt den forschenden Geist natürlich nicht, sondern unwillkürlich muß man fragen, weshalb es denn überhaupt diesen Unterschied gibt. Es wäre ja an sich viel natürlicher, wenn beide Hände von der Natur in gleicher Weise bedacht worden wären. Man könnte denken, daß es sich hierbei um eine besondere menschliche Eigenart handele, aber wir finden die Vorherrschaft der rechten Seite auch im Tierreich. Der Papagei z. B. nimmt sein Futter fast immer mit der rechten Pfote, auch der Affe ist ausgeprägter Rechtshänder.

Die Ursachen dafür, daß die eine oder andere Seite des Körpers bevorzugt ist, liegt in der Organisation des Gehirns. Die Nerven, die vom Gehirn zu den Körperteilen führen, kreuzen sich in ihrer Bahn. Die rechte Körperseite wird vom linken Teil des Gehirns und die linke Körperseite vom rechten Teil des Gehirns dirigiert. Wenn also die meisten Menschen Rechtshänder sind, so ergibt sich daraus der einfache Schluß, daß bei ihnen die linke Gehirnhälfte stärker ausgebildet ist als die rechte.

Wie ist es aber dazu gekommen, daß bei den meisten Menschen die linke Gehirnhälfte eine stärkere Ausbildung erfahren hat und der Mensch dadurch zu einem vorzugsweise rechtshändigen Wesen geworden ist, und wie sind die verhältnismäßig geringen Ausnahmen der Linkshändigkeit zu erklären? Wie ein jeder weiß, liegen sehr wichtige Organe mehr nach der linken Seite zu, vor allem das Herz. Dadurch wird der linke Gehirnteil besser ernährt, und diese bessere Versorgung mit Blut mußte zu einer entsprechend kräftigeren Ausbildung des linken Gehirns und damit zu einer Bevorzugung der rechten Körperseite führen. Knochen, Muskeln, Nerven usw. sind auf der rechten Seite im allgemeinen besser ausgebildet als auf der linken. Diese Entwicklung ist durch die Art der Menschheitsentwicklung noch besonders verstärkt worden. Denn der Naturmensch mußte im Kampf, um die auf der linken Seite gelegenen edlen Organe zu bewahren, von selbst dazu kommen, der linken Hand die schützende, der rechten die angreifende Aufgabe zu erteilen. Daß diese in vielen Generationen geübte Aufgabenverteilung durch die Dauer einer gleichmäßigen Uebung das Uebergewicht der rechten Hand an Geschicklichkeit und Kraft bedeutend erhöhen mußte, ist ohne weiteres verständlich.

Weshalb die Gaben zwischen rechts und links ungleich verteilt sind, das erklärt sich einleuchtend aus der Anlage des Organismus und der Geschichte der Menschheitsentwicklung. Um so merkwürdiger müssen die Ausnahmen von dieser Regel erscheinen, die demnach der Vernunft der Natur zu spotten scheinen. Die Linkshänder stehen aber nur scheinbar im Gegensatz zu den Regeln der Natur, in Wirklichkeit lassen sich auch diese Ausnahmen auf einfache Weise in sie einspannen. Größere Gewandtheit der linken Hand läßt sich einmal auch durch Uebung soweit erreichen, daß sie sich von der rechten Hand nicht unterscheiden läßt, ohne daß eine andere Organisation des Gehirns vorzuliegen braucht. Von dieser erworbenen Geschicklichkeit der linken Hand muß man die angeborene Linkshändigkeit scharf unterscheiden. Was hat diese zu bedeuten? Man hat verschiedentlich erfahrungsgemäß feststellen wollen, daß Linkshändigkeit beim Mann einen besonders starken Zuschuß weiblichen und bei der Frau männlichen Wesens bedeute. Eine andere Tatsache aber eröffnet einen weit klareren Weg zum Verständnis der Linkshändigkeit. Es zeigte sich nämlich, daß sich unter den Linkshändern auffallend viel minderbegabte Menschen befinden, daß unter den mit einem körperlichen Fehler Behafteten, wie z. B. den Stotterern, sich dreimal so viel Linkshänder befinden, als sonst dem normalen Prozentsatz entspricht. Wenn bei der angeborenen Linkshändigkeit die rechte Gehirnhälfte das Uebergewicht hat, so würde das nach dieser Statistik darauf zurückzuführen sein, daß bei diesen Menschen der linke Teil des Gehirns, der für den Gebrauch der geistigen Fähigkeiten besonders wichtige Funktionen enthält, stiefmütterlich bedacht worden ist.

Linkshändigkeit würde hier also geistige Zurückgebliebenheit bedeuten. Sie muß es aber nicht. Dem würde die einfache Erfahrungstatsache widersprechen, daß einige höchstbegabte Menschen Linkshänder waren, so z. B. Leonardo da Vinci. Bei diesen Höchstbegabten ist die linke Gehirnhälfte zumindest ebenso gut entwickelt wie bei dem normalen Menschen, aber das rechte Gehirn hat eine übermäßige Ausbildung erfahren, so daß im Gesamtergebnis eine wesentliche Steigerung der Begabung eintritt. Schließlich kommt eine Linkshändigkeit vor, die in gar keinem Zusammenhang zur stärkeren oder geringeren Begabung zu bringen ist. Durch eine Abweichung der Blutverteilung im Brustkorb z. B. kann mit einer Aenderung der Ernährung des Gehirns die Betonung von der rechten auf die linke Körperseite gelegt werden.

Wie soll sich der Mensch zu der von der Natur verliehenen Rechts- und Linkshändigkeit einstellen? Bestehen Gründe, diesen einseitigen Zustand zu verbessern? Es gibt allerdings einen wichtigen Grund, weder Rechts- noch Linkshändigkeit als vollkommenen Zustand anzusehen, sondern sich eine gleichmäßige Ausbildung beider Hände als Ideal zu denken. Gerade weil der linke Gehirnteil für die geistige Tätigkeit des Menschen so wichtige Aufgaben zu erfüllen hat, wäre eine Entlastung des linken Gehirns durch Uebernahme verschiedener Tätigkeiten mit der linken Hand sehr wertvoll für die geistige Hygiene. Man könnte also allen Links- und Rechtshändern empfehlen, der Natur nachzuhelfen und die weniger entwickelte Hand auszubilden. Vielleicht wird sich eine gymnastische Schule herausbilden, die die Gleichwertigkeit der Hände betont und nicht mehr den Unterschied zwischen dem „linkischen" Menschen und der „guten" Hand zieht, und wird der Mensch der Zukunft weder ein Links- noch ein Rechts-, sondern ein Gleichhänder sein.

Roda Roda:

Schwänke vom Balkan

Die folgenden kleinen Geschichten entstammen dem achten Band der „Crnogorci" des Miceun Pavicevic.

Der Mißtrauische.

Ein Bauer wanderte mit seiner Bäuerin auf den Markt. Als sie ein Stück unterwegs waren, sagte der Bauer:

„Höre, Weib! Hast du auch den Regenschirm mitgenommen?"

„Wozu?" fragte sie. „Der Himmel ist klar wie Kristall."

„Dummes Weib, du solltest endlich einmal gelernt haben, daß man Gott niemals trauen darf."

Der Urheber.

Ein gewisser Dumeljin, ein armer Teufel, besuchte seinen Freund in Kotor. Der Aufwand im Haus des Gastgebers stach dem armen Dumeljin schmerzlich in die Augen — er sann nach, wie er hier durch eine List etwas Geld ergattern könnte.

In der Nacht erhob er sich, schlich im Haus umher und richtete in Küche und Keller allerlei störenden Unfug an.

Morgens wollte niemand von der Dienerschaft es gewesen sein — am wenigsten natürlich der Gast. Der Hausherr, die Familie gerieten in schwere Sorgen.

Und als sich das nächtliche Rumoren wiederum und nochmals wiederholte, waren sie sich alle einig: Es sind Gespenster.

Da nun wußte der arme Dumeljin Rat: der Hausherr soll doch dem Heiligen Wassilije dort im siebenten Kirchspiel zehn Zechinen spenden — der Heilige werde sicherlich Ordnung machen.

„Wenn du meinst?" sprach der Hausherr. „Aber die Zeiten sind jetzt, weißt du, unsicher — ich möchte nicht selbst gehen. Trag du dem Heiligen seine zehn Zechinen hin!"

Dumeljin machte sich vergnügt auf den Weg.

Allerdings gab er dem Heiligen Wassilije nur die Hälfte ab.

„Die übrigen fünf Zechinen, lieber Heiliger", sagte er knieend vor dem Altar, „wirst du sicherlich gern mir zubilligen, wo der ganze gute Einfall doch von mir stammt."

Der Zeuge.

In Wirpasar, beim Kreisgericht gab es Prozeß um eine Erbschaft. Der Pfarrer hatte den letzten Willen des Sterbenden nach dessen Diktat niedergeschrieben — der Pfarrer sollte nun unter Eid aussagen: ob der Erblasser damals wäre bei vollem Verstand gewesen.

„Meine Herren Richter", sprach der Pfarrer, „Sie verlangen viel von mir. Ich kann reinen Gewissens nicht einmal beeiden, daß Sie, meine Herren Richter, heute bei vollem Verstand sind."

Also sprach . . .

Der Sohn des englischen Satirikers Jonathan Swift, des Verfassers von „Gullivers Reisen", wollte sich sehr jung verheiraten. Ein Freund Swifts machte den Vater auf die allzu große Jugend des Bräutigams aufmerksam und meinte: „Ihr Sohn sollte doch lieber warten, bis er etwas mehr Verstand hat." Swift zuckte die Achseln: „Wenn mein Sohn mehr Verstand hat, dann heiratet er auch nicht mehr."

IN FAST ALLEN ABTEILUNGEN

GROSSER **INVENTUR** VERKAUF

Preise rücksichtslos herabgesetzt

Verkauf soweit Vorrat! Mengenabgabe vorbehalten!

Beginn: 2. Januar

Riesenmengen Stoffe

Kleiderstoffe Baumwolle, grosse Musterauswahl, Mtr. jetzt 0,68 0,48 **0,28**

Sport- u. Oberhemden-Stoffe gute Qualität, grosse Ausmusterung. Meter jetzt 0,78, 0,65, **0,38**

Bourette-Seide mit Kunstseide, wundervolle Pastellfarben ... Meter jetzt **0,58**

Bouclé reine Wolle, grosses Farbensortiment, auch schwarz und marine, Meter jetzt **0,78**

Hammerschlag einfarbig und mit feschen Streifen, in grosser Auswahl ...... Meter jetzt **0,98**

Flamingo Wolle mit Kunstseide, einfarbig u. bedruckt, ganz enorm billig, Meter jetzt **1,45**

Toile reine Seide, für Kleider und Wäsche, Meter jetzt **1,45**

Flamisol moderne Dessins, Meter jetzt **2,35**

Crêpe Satin reine Seide, gute Kleiderqualität, Meter jetzt **2,45**

Damen-Wäsche

Taghemden guter Wäschestoff, Stück jetzt **0,68**

Nachthemden sehr apart ausgestattet ...... Stück jetzt **0,98**

Ein Riesenposten
Hüfthalter, Sportgürtel zum grossen Teil hocheleg. Stücke, jetzt
0,88 1,35 1,85

Schlüpfer Kunstseide, gute Qualitäten, 1. Wahl .... Stück jetzt **0,68**

Unterkleider Charmeuse, mit eleg. Garnierung, St. jetzt **1,95**

Schlafanzüge moderne Form ... Stück jetzt **2,35**

Taschentücher

Damen-Tücher mit farbigen Häkelkanten
Serie I, früh. b. 0,18, St. jetzt **0,12** Serie II, früh. b. 0,12, St. jetzt **0,06**

Herren-Tücher gute Gebrauchsqualitäten, z. T. kl. Webefehler
Serie I, früh. b. 0,40, St. jetzt **0,20** Serie II, früh. b. 0,20, St. jetzt **0,10**

Handschuhe

Handschuhe f. Damen u. Herren, Led.-Imit., anger. Futt., Paar jetzt **0,78**

Nappa-Stepper f. Damen, m. 2 Druckkn., Paar jetzt **1,85**

Nappa-Stepper durchgehend gefüttert, für Damen Paar jetzt **2,75** für Herren Paar jetzt **2,95**

Handarbeiten

Tablettdecken mit bt. Rand, vorgezeich., St. jetzt v. **0,08**

Deckenteile auf Halblein. vorgezeichnet .... Stück jetzt **0,12**

Tischdecken vorgezeichnet a. Nessel, ca. 130 ∅ oder 130/160 cm Stück jetzt **0,90**

Tischdecken auf Hausmachleinen, vorgezeich., ca. 130/160 cm, St. jetzt **1,25**

Tischdecken mit bunt. Rand, vorgezeich., ca. 130/160, St. jetzt **1,65**

Sportwolle in vielen Farben ... ca. 100-g-Lage jetzt **0,48**

Grosse Mengen
Reste u. Abschnitte enorm billig!

Pullover für Damen, mit langen Aermeln, mit reinwollener Schalgarnitur .... Stück jetzt **0,85**

HERMANN TIETZ

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater
Mittwoch, den 4. Januar
Staatsoper Unter den Linden
20 Uhr
Eine Nacht in Venedig
Staatliches Schauspielhaus
20 Uhr
100 000 Thaler

Winter Garten
8 Uhr 15. Flora 3434. Rauchen erl.
20 Wienerinnen
konzertieren
Kurt Fuß, 4 Winclairs, Gaston Palmer, Rudolf Mälzer, Walkmir-Trio usw.

B. B. B.
Bendows Bunte Bühne
Kottbusser Straße 6
Oberbaum 5590
Täglich 8¼ Uhr
Stgs nachm 4 U
Ne dolle Kiste

Theater des Westens
Steinpl. 8121
Täglich 8¼ Uhr
Max
Pallenberg
Der brave Soldat Schwejk

Deutsches Theater
Schumannstr. 13a
Weidend. 5201
8 Uhr
Hans Moser
in
Essig und Oel
Musikal. Lustspiel v. Geyer u. Frank
Musik: Robert Katscher
Inszenierung: O. L. Preminger
Ab morgen 8 U.
Prinz von Homburg

Kammerspiele
Ab morgen täglich 8 Uhr
Hans Moser
in
Essig und Oel
Musikal. Lustspiel v. Geyer u. Frank
Musik: Robert Katscher
Inszenierung O. L. Preminger

Berliner Theater
Charlottenstr. 90 Dönhoff 635
Letzte Vorstellung
8¼ Uhr
Zu wahr um schön zu sein
Komödie von Shaw
mit
Alexander Moissi
Morgen 8¼
Auslandsreise
mit
Felix Bressart

Kurfürstend.-Th.
Kurfürstendamm 209
Tel. Bism. 1400
Täglich 8¼ Uhr
Glückliche Reise
von Bertuch und Schwabach
Musik: Künneke
Regie: Paulsen
Hans Schindler mit seinen Jazz-Symphonikern
Vorverkauf ununterbrochen

Th. d. Schauspieler
Theater am Schiffbauerdamm
Weidendamm 5500
Täglich 8¼ Uhr
Automatenbüfett
Komödie von A. Gmeyner
mit Agnes Straub
Bücher, Bellinger, Haas, Trenk-Trebitsch, Odemar.
Donnerstag 4 Uhr
Hänsel und Gretel

Willi Schaeffers **Kabarett für Alle**
4 Uhr Täglich 2 × 9 Uhr
Das sensationelle Kabarett-Programm
Abendpreise 1—3 Mk.
Nachm. Gedeck 1,25
Jeden Sonnabend 11½ Uhr: Nachtvorstellung

Homöopathie
Behandlg. 1 Mark, Innere u. Nervenl. **Löser** Münzstr. 9, 10-2, 4-7, Sbd. b 5

Jeder Organisierte
ob Arbeiter, Angestellter oder Beamter, liest als Funkhörer nur die große
FUNKILLUSTRIERTE
des schaffenden Volkes
VOLKSFUNK
mit Europaprogramm und Geräteversicherung sowie illustr. Sonderprogramm des Orts- oder Bezirkssenders
Eine Familienzeitschrift
Erscheint wöchentlich Freitags
48 Seiten großformat
reich bebildert
Bezugspr. monatlich frei Haus 96 Pfg. Einzelheft 25 Pfg. Funkhörer erhalten Probenummer kostenlos

Zu beziehen durch sämtliche Ausgabestellen des „Vorwärts“ und deren Botenfrauen.

SCALA
Tägl. 5 u. 8¼ Uhr
MAURICE COLLEANO
PAUL GRAETZ
ROBINS u. s. w.

Städt. Oper
Charlottenburg
Fraunhofer 0231
Mittwoch, 4. Januar
20 Uhr
Turnus IV
Die Prinzessin von Trapezunt
Eisinger, Schuster a. G., Burgwinkel, Frind, Braut a. G., Gombert, Gronau a. G., Kandl, Heyer
Dirigent: Müller

VOLKSBÜHNE
Theater am Bülowplatz
Täglich 8 Uhr D 1 Norden 8436
Oliver Cromwells Sendung
v. Walter Gilbricht. Regie Heinz Hilpert
mit **Eugen Klöpfer**

PLAZA
Mme. Pompadour

Großes Schauspielhaus
Ball im Savoy
Gitta Alpar
Rosy Barsony / Oskar Dénes
Regie: **Alfred Rotter**
Sonntag nachm. 3½ Uhr in voller Premierenbesetzung kleine Preise

Theater im Admiralspalast
Merkur 9901
Täglich 8¼ Uhr:
Hans
Albers
Liliom
Vorverkauf ununterbr.

Varieté
am Märchenbrunnen
Am Friedrichshain 29—32 (am Königstor)
Täglich 8 Uhr
Das sensationelle
Eröffnungsprogramm
mit den Liliensängern
Eintrittspreise: Wochentags 60 Pf. Sonnab. u. Stg. 1 M.

Ganz unerwartet verstarb am 2. Januar im 56. Lebensjahre unser verehrter Mitarbeiter und Kollege, der Korrektor

Ernst Helmchen

Obwohl der Verstorbene erst verhältnismäßig kurze Zeit in unserem Betriebe tätig war, erfreute er sich allgemeiner Beliebtheit. Seine vorbildliche Kollegialität und Pflichttreue, seine Bescheidenheit und Friedfertigkeit sichern ihm ein ehrendes Andenken.

Berlin, 3. Januar 1933.

Geschäftsleitung und Personal der Vorwärts-Buchdruckerei

Einäscherung: Freitag, den 6. Januar, abends 7 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße

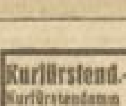
Deutsches Künstler-Th.
Nürnberger Str.
Tel Bavaria 6466
Täglich 8¼ Uhr:
Leopoldine
Konstantin
in: **Die Nacht zum 17. April**
Schroth, Steinbeck, Gebühr, Brionne, Wolle, Picha

Schiller Theater
Bismarckstr. (Knie) Steinpl. (C 1) 671b
Heute 8 Uhr
Uraufführung
Die Männer sind mal so
Musik: Walter Kollo
Sönnland, Heidemann
Stg. 8. Jan., 4 Uhr
Robert und Bertram

CASINO-THEATER
8½ Lothringer Straße 37 8½
Bis 6. Januar
Alles um Lotti
Ab 7. Januar
Onkel Muz u. bunte Bühne
Gutschein 1—4 Personen: Parkett nur 0.50, Fauteuil 0.75, Sessel 1.25

Rose-Theater
Große Frankfurter Straße 132
Tel. Weidnd. E 7 3427
8.15, 8.30 Uhr
Böhmische Musikanten

Komödienhaus
Schiffbauerdamm 25
Tel. D 2 Weid. 6304-05
Täglich 8¼ Uhr
und Sonntags nachm. 4 Uhr
Das Haus dazwischen
mit Max Adalbert, Jakob Tiedtke
Musik: Spoliansky

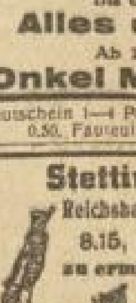


Küchen
bis 15 MONATSRATEN
Raddatz
Leipziger Str. 122-123

Metropol-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Max
Hansen
100 Meter Glück
Operette von Spoliansky
mit Erika von Thellmann

Lessing-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Greta
Mosheim
Brausewetter
Der Liebling von Paris
Musik von Offenbach
Regie: Romoika

Stettiner Sänger
Reichshallen-Th., Dönhoffpl.
8.15, Sonntags 3.30
zu ermäßigten Preisen
Das große Januarprogramm:
Die lieben Erben



NEUE WELT
Arnold Scholz — U-Bahn Hermannplatz — Hasenheide 108/14
Groß. Bockbierfest
in allen Sälen
6 Kapellen Bayr. Bedienung
Der 1000. Besuch. erhält eine 8tägige Reise nach Tirol
Einlaß: Wochentags 7 Uhr, Sonntags 3 Uhr

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeige
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Arbeiterin
Anna Märzke
geb. 3. Mai 1896, am 31. Dezember gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 5. Januar, vormittags 9½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Der sozialdemokratische

Abreißkalender 1933

ist neu erschienen. In Kupfertiefdruck hergestellt, ist er ein schönes Geschenk für den Jahreswechsel. Der Preis ist herabgesetzt und beträgt statt 2.00 RM nur

1.75 RM

Er ist bei allen Zeitungsboten, Vorwärts-Abgabestellen und Parteibuchhandlungen oder direkt bei der Vorwärts Buchdruckerei, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, zu haben